

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

FRANZ BÖHM

Die Zukunft der Freiheit unter den Bedingungen des Kalten Krieges

Referat, gehalten anlässlich der Internationalen Tagung des KONGRESSES FÜR DIE FREIHEIT DER KULTUR in Mailand, 12.—17. September 1955.

Der Demokratie im überlieferten Sinn ist im 20. Jahrhundert ein neuer Gegner entstanden: die volkstümliche totalitäre Diktatur.

Neu an dieser Staatsform ist nicht die Diktatur, sondern die Totalität und die Volkstümlichkeit.

Totalität bedeutet, daß sich die Diktatoren nicht nur auf das Heer und auf den politischen Herrschaftsapparat stützen, sondern daß das ganze Volk unter Verzicht auf Privatleben mitspielt wie eine disziplinierte Armee.

Sonderbar, unbegreiflich und erschreckend ist, daß breite Massen sich dieser schrankenlosen Unterdrückung, diesem immer gegenwärtigen Terror nicht aus Furcht, sondern mit einer ekstatischen Begeisterung unterwerfen und sich an der Hasenhetze gegen Widerwillige gehässig beteiligen.

Bisher ist die volkstümliche totalitäre Diktatur in zwei Erscheinungsformen aufgetreten: In der Erscheinungsform der nationalsozialistischen oder faschistischen Diktatur und in der Erscheinungsform der bolschewistischen Diktatur.

Technisch unterscheiden sich diese beiden Erscheinungsformen in nichts, abgesehen davon, daß die Totalität bei der bolschewistischen Dik-

tatur noch vollkommener ist, weil bei dieser alle Produktionsmittel sozialisiert sind und die gesamte Volkswirtschaft zentral vom Staat mittels Volkswirtschaftsplänen gesteuert wird. Hier gibt es für das Individuum kein Entrinnen.

Dagegen unterscheiden sich beide Erscheinungsformen ideologisch sehr erheblich. Für die nationalsozialistische Ideologie ist die totalitäre Diktatur die vollkommenste Organisation von Gesellschaft und Staat, für die bolschewistische Ideologie nur Mittel zum Zweck. Für das nationalsozialistische Denken ist die totalitäre Diktatur End- und Dauerzustand, für das bolschewistische Denken eine notwendige, aber vorübergehende Phase. Die Nationalsozialisten huldigen aus Lebensgefühl einem brutalen Herren- und Unterdrückungsdenken und hassen die Idee der Freiheit und der Gleichheit, die Bolschewisten streben letzten Endes die vollkommene Freiheit und Gleichheit der Individuen an, halten aber die totalitäre Diktatur für notwendig, um die kapitalistische Klassengesellschaft, die in ihren Augen keine Freiheitsordnung sondern ein verkapptes Unterdrückungssystem ist, in eine sozialistische klassenlose Gesellschaft überzuleiten, in der dann echte Freiheit und Gleichheit verwirklicht sein wird.

politische oder außenpolitische Projekte zu verwirklichen. Diesem Machtpotential haben die Regierungen freier Staaten nichts Ähnliches entgegenzusetzen, da ihnen eine solche Machtfülle und eine solche Entscheidungsfreiheit von ihren eigenen Verfassungen nicht zur Verfügung gestellt wird.

Schon dieses Machtgefälle an sich bedroht die Staaten mit freier Verfassung. Die Bedrohung wird unerträglich, wenn die Politik totalitärer Diktaturen aggressive Ziele verfolgt. Sie hat dies

INHALT DIESER BEILAGE:

Franz Böhm:

Die Zukunft der Freiheit unter den Bedingungen des Kalten Krieges

M. R. Masani:

Asiens geistige Struktur (S. 633)

Totalitäre Diktatur prinzipiell anstößig

Für Völker mit freien Verfassungen ist die totalitäre Diktatur prinzipiell anstößig, ganz gleichgültig, welchen Zielen sie dienen soll, und zwar wegen ihrer Vergewaltigung und Entwürdigung des Menschen. Sie bleibt auch dann anstößig, wenn die unterdrückten Menschen mit dieser Vergewaltigung und Entwürdigung einverstanden sind.

Zur Gewaltanwendung werden sich Staaten mit freien Verfassungen freilich solange nicht

entschließen können, als sich die totale Diktatur in ihren Wirkungen auf die Bevölkerung der Staaten beschränkt, die eine totalitäre Diktatur bei sich errichtet haben. Sie wird dann als eine innere Angelegenheit dieser Staaten betrachtet.

Die totalitäre Diktatur ist nun aber nicht nur ein internes Unterdrückungssystem, sondern sie bedient sich der Unterdrückung, um in den Händen der Staatsleiter Macht zu konzentrieren, die von den Staatsleitern genutzt wird, um innen-

bisher immer getan. Der Nationalsozialismus, weil er eine nationalstaatlich expansive Politik verfolgte und an seinen Grenzen keine unabhängigen Staaten dulden wollte. Der Bolschewismus zum Teil aus den gleichen Gründen, zum Teil, weil die kommunistische Revolution ein übernationales Anliegen ist. Der Kommunismus lehrt nicht nur den Selbstzerfall jeder Klassengesellschaft, sondern auch die Pflicht, diesen Selbstzerfall mit allen, auch verwerflichen Mitteln zu beschleunigen. Seitdem der Kommunismus die Staatsgewalt in mächtigen Staaten, vor allem in Rußland erobert hat, wird auch das totalitär geballte Machtpotential dieser Staaten in den Dienst der Revolutionierung aller anderen Staaten und ihrer Völker gestellt.

Damit wächst sich die totalitäre Diktatur zu einer unmittelbaren Gefahr für alle nicht totalitären Staaten aus. Die Beseitigung der totalitären Diktatur muß damit aus einem Menschheitsanliegen zum Ziel der Außenpolitik freier Staaten werden und ist es tatsächlich geworden. Tollwut ist keine interne Angelegenheit des von ihr befallenen Subjekts.

Welche Mittel besitzen nun die Staaten mit freier Verfassung, die bolschewistische Staaten-Gruppe zum Verzicht auf die totalitäre Diktatur zu bewegen?

Zwei dieser möglichen Mittel scheiden aus: der heiße Krieg, jedenfalls als Angriffsinstrument, und die Einführung der totalitären Diktatur im eigenen Lager.

Was uns bleibt, ist die Spekulation auf den inneren Schiffbruch und den Selbstzerfall der totalitären Diktatur. Wir können uns bei unserer Betrachtung auf die bolschewistische Diktatur beschränken, denn die nationalsozialistische und faschistische Diktatur sind im letzten Krieg

zerschlagen worden und einstweilen von der Bühne der Geschichte abgetreten.

So bescheiden dieser Rest von Möglichkeiten ist, so bedeutet er doch keineswegs ein bloßes untätiges Abwarten. Es handelt sich um ein politisches Ziel und eine politische Strategie. Es muß angestrebt werden, die bolschewistische Staaten-Gruppe in eine Situation hineinzumanzuvrieren, in der sie ihren eigenen internen Sprengungs- und Zerfallstendenzen in voller Schärfe ausgesetzt ist.

Zu diesem Behuf müssen alle politischen Anstrengungen auf das Ziel vereinigt werden, den Ausbruch eines heißen Krieges zu verhindern und den Kalten Krieg zu überstehen.

Diese Politik hat rein abwehrenden Charakter, wenn sie nichts weiteres erreichen will als eine Koexistenz auf dem Pulverfaß. Sie hat konstruktiven Charakter, wenn sie zu einer endgültigen Überwindung des bolschewistischen Experiments führt, soweit dieses Experiment auf die totalitäre Diktatur angewiesen ist.

Zwei Argumente

Da die totalitäre Diktatur in der kommunistischen Doktrin, wie schon erwähnt, nicht Endzweck sondern nur Mittel zum Zweck ist und da sich die letzten Ziele des Kommunismus, nämlich Freiheit und Gleichheit der Individuen, mit den letzten Zielen der bürgerlichen Demokratie decken, müßte sich der geistige und politische Angriff ausschließlich auf die totalitäre Diktatur konzentrieren. Hier stehen zwei Argumente zur Wahl:

Das eine Argument ist moralischer Art und lautet: Die totalitäre Diktatur ist wegen der ihr innewohnenden Unmenschlichkeit, Freiheitsvernichtung, Entwürdigung der Person und Aggressivität nach außen schlechthin verwerflich und darf als Mittel überhaupt nicht angewendet werden, auch nicht im Dienste der höchsten Menschheitsziele, auch nicht zur Lösung der sozialen Frage, auch nicht zur Verwirklichung der wahren Freiheit des Individuums.

Das andere Argument ist realistischer Natur und besagt: Die Lehre von der Notwendigkeit einer diktatorischen Überleitungsphase zur Überwindung der Klassengesellschaft und Verwirklichung der klassenlosen Gesellschaft ist ein Irrtum. Der Wahrheitsgehalt der kommunistischen Doktrin beschränkt sich auf Teile der Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft. Alles übrige ist leichtfertige und gefährliche Utopie. Das gilt insbesondere von der Diktatur des Proletariats und in noch höherem Grad vom Sprung der klassenlosen Gesellschaft aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit.

Von diesen beiden Argumenten ist das erste politisch schwach. Jede bloße Moralpredigt scheitert im Kampf zwischen politischen Mächten und Ideologien aus zwei Gründen: Einmal, weil keine politische Bewegung aus freien Stücken auf die Anwendung von Mitteln verzichtet, von denen sie glaubt, daß sie zum Erfolg führen; vor allem tut sie es dann nicht, wenn sie glaubt, daß der

Erfolg nur durch diese Mittel herbeigeführt werden kann. Das Gewicht etwaiger Gewissensbedenken verringert sich in dem Maße, in dem das angestrebte Ziel als moralisch gut empfunden wird. Ist auch das Ziel schändlich, wie es beim Nationalsozialismus der Fall war, so läßt sich das System von der moralischen Seite leichter erschüttern, weil die Zahl der in einem Volke vorhandenen Vergewaltiger von vollendeter Amoralität natürlich beschränkt und die Zahl derjenigen Individuen, denen auch im Rausch der Verblendung durch äußere Erfolge nicht wohl in ihrer Haut ist, weit überwiegt. Ist aber das Ziel ein echtes Menschheitsziel, was man dem Kommunismus redlicherweise und gerade vom demokratischen und liberalen Denken her zugestehen muß, dann beschränkt sich die Zahl der Menschen, die ihre moralischen Skrupel nicht überwinden können, auf diejenigen Individuen, die sich zu dem Satz bekennen, daß der Zweck unter keinen Umständen die Mittel heiligt. Daß diese Gruppe von Personen immer nur eine kleine Minderheit bildet, beweist die Tatsache, daß noch kein Krieg am Generalstreik der Friedliebenden gescheitert ist.

Eine zweite Schwäche des moralischen Arguments in der Politik besteht darin, daß kein Adressat solcher Predigt an die innere Aufrichtigkeit und an die moralische Legitimation der Prediger glaubt. So werden die Bolschewisten ohne Zweifel rundweg bestreiten, daß sich der Angriff tatsächlich nur gegen das Mittel, d. h. gegen die totalitäre Diktatur richtet, sondern sie werden felsenfest davon überzeugt sein, daß der eigentliche Angriff dem Sozialismus, d. h. dem berechtigten moralischen Ziel gilt. Kein überzeugter Kommunist wird daran zweifeln, daß auch die bürgerliche Gesellschaft ohne Bedenken die totalitäre Diktatur bei sich einführt, wenn sie sich davon Erfolg verspräche. Man wird darauf hinweisen, daß auch zwei am Kapitalismus festhaltende Nationen, nämlich die deutsche und

die italienische, keine Hemmungen gehabt haben, sich der totalitären Diktatur zu bedienen u. zw. aus rein imperialistischen Motiven, die nichts mit Menschheitszielen oder gar Freiheit zu tun hatten.

Das zweite, realistische Argument ist politisch wesentlich stärker, vorausgesetzt, daß die Überlegungen theoretisch überzeugend sind und daß sie außerdem durch das geschichtliche Experiment bestätigt werden. Sollte es sich zeigen, daß der Kommunismus in der Phase der totalitären Diktatur stecken bleibt und nicht über sie hinweggelangen kann, sollte es sich ferner zeigen, daß die totalitäre Diktatur von zunehmenden Sprengungs- und Zerfallstendenzen bedroht ist, während die bürgerliche Gesellschaft den sie selbst bedrohenden Sprengungs- und Zerfallstendenzen standzuhalten vermag, und sollte es sich endlich zeigen, daß die bürgerliche Gesellschaft bei ihren Versuchen, die soziale Frage mit freiheitlichen Mitteln zu lösen, sichtbare Erfolge hat, dann werden politische Wirkungen eintreten.

Das realistische Argument hat auch den Vorzug, daß sich sein Gebrauch nicht nur in der Predigt und in einem Appell an den guten Willen des Gesprächspartners erschöpft, sondern die geistige und politische Aktivität der freien Völker weit nachhaltiger in Anspruch nimmt. So wird erstens die denkende Intelligenz dazu herausgefordert, die Kritik am eigenen und am kommunistischen System zu vertiefen mit dem Ziel größter transparenter Evidenz, zweitens wird die politische Phantasie aufgerufen, eine innen- und außenpolitische Strategie zu entwerfen, und drittens der Wille der Bevölkerung in allen ihren Schichten ermutigt, sich an der Aktion aus Überzeugung zu beteiligen. So kann die Lethargie des bloßen leidvollen und furchterfüllten Erduldens fremder Aggression überwunden und erreicht werden, daß sich die Regierungen und Bürger freier Staaten als aktive Träger und Subjekte eines Vorgangs von weltgeschichtlicher Tragweite fühlen. Denn es genügt nicht, daß der Bolschewismus scheitert und die bolschewistische Ordnung zerfällt, sondern es muß gleichzeitig die freie Ordnung erstarken und eine Staatenordnung aufgebaut werden, die imstande und gewillt ist, die heute bolschewistisch verfaßten Staaten in sich aufzunehmen, sobald sie dazu bereit sind. Die Selbstverjüngung der Freiheitsordnung ist dann sozusagen zugleich letztes Ziel und Mittel zur Überwindung der totalitären Systeme. Dieses Programm ist also durchaus aggressiv.

Das Gelingen einer solchen politischen Strategie setzt allerdings voraus, daß die zugrundeliegende geistige Konzeption richtig ist, sowohl in bezug auf die Lebensfähigkeit der eigenen Ordnung, als auch in bezug auf die Irrigkeit und die Unvollziehbarkeit des kommunistischen Systems, und daß die geschichtliche Erfahrung diese Richtigkeit bestätigt. Die freie Welt muß in der Lösung der sozialen Frage mit freiheitlichen Mitteln praktischen Erfolg haben und dabei sich selbst konsolidieren, und die kommunistische Welt muß an der Lösung der sozialen Frage scheitern und einen Zerfall ihrer Einrichtungen und Methoden erleiden.

Anspannung der geistigen Energie geboten

Das setzt allerdings eine geistige Anstrengung im freien Lager voraus. Die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Doktrin, mit ihrer Kritik am Kapitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft und mit ihren Vorstellungen von der sozialistischen Zukunftsgesellschaft ist leider im 19. Jahrhundert steckengeblieben; jedenfalls hat sie viel von ihrer denkerischen Energie und Frische eingebüßt. Die politischen Praktiker der demokratischen Staaten halten nicht viel von der Theorie; die Wissenschaft hat ihren gestaltenden Einfluß auf den Gang der Dinge verloren. Im kommunistischen Lager spielt die geistige Ausfeilungsarbeit an der Doktrin eine sehr viel größere Rolle, wenn sie auch den Charakter intellektueller Inzucht angenommen hat. Das geschichtliche Anschauungsmaterial, das sich angehäuft hat, seitdem es kommunistische Staaten und eine kommunistische Staatswirklichkeit gibt, seitdem aber auch im Lager der bürgerlichen Staaten grauenhafte und beängstigende Entartungserscheinungen aufgetreten sind, wird einfach nicht genützt. Man hat den Eindruck, daß unser Denken die furchtbaren Realitäten der letzten 40 Jahre einfach verdrängt und sich in einer vielgeschäftigen Ameisenarbeit an punktuellen Fragestellungen zersplittert.

Die Anspannung der geistigen Energie ist auch um deswillen geboten, weil die freien Staaten in die bevorstehende weltweite Auseinandersetzung fürs erste unter ungünstigen Bedingungen eintreten müssen. Vor allem unter den Bedingungen des Kalten Krieges, die, solange er andauert, vom Kommunismus diktiert werden. Die furchterregende Überlegenheit des geballten Machtpotentials in der Hand der bolschewistisch totalitären Staaten über das Machtpotential, das Staaten und Gesellschaften mit freier Verfassung zugänglich ist, eine Überlegenheit, die sich vor allem in der Bewegungsfreiheit der bolschewistischen Politik und in Aktionen der kurzen Linien kundtut, hängt wie ein Damoklesschwert über den nächsten Phasen der politischen Entwicklung. Diese Überlegenheit bedroht uns nicht nur

von außen, sondern auch von innen. Von innen vor allem deshalb, weil sie uns zwingt, einen großen Teil unserer Gedanken und praktischen Aktivität auf die Herstellung mindestens unseres militärischen Gleichgewichts zu konzentrieren und weil diese Beschäftigung den Tendenzen zur autoritativen Konzentration auch der innerpolitischen Gewalt günstiger ist als den Tendenzen zur Freiheit, von deren Erstarkung aber der Erfolg auf der langen Linie eben letzten Endes doch allein abhängt.

Die erste Überlegung, die wir anstellen sollten, müßte der Frage gelten, ob der Kommunismus auf die totalitäre Diktatur und auf den Kalten Krieg überhaupt verzichten kann, ohne sein letztes Ziel, das, wie gesagt, ein Freiheits- und Menschheitsziel ist, preiszugeben. Von dem Ausfall dieser Untersuchung hängt es ab, mit welchem Widerstand der kommunistischen Staaten die freiheitlichen Staaten zu rechnen haben. Sollte es sich bei dem Verzicht auf die totalitäre Diktatur und damit auf die Möglichkeit des Kalten Krieges um eine bloße Opportunitätsentscheidung handeln, um den bloßen Entschluß, vom Gewalt- und Störungskampf auf den freien Leistungs- und Bewährungswettbewerb umzuschalten, dann könnten wir ohne allzugroßen Illusionismus mit einer solchen Möglichkeit rechnen, und zwar um so zuversichtlicher, je höher die bolschewistischen Staatslenker die Chance bewerten, in einem gewaltlosen Leistungs- und Bewährungswettbewerb zu obsiegen. Sollte es sich aber zeigen, daß für den Kommunismus ein systemlogischer Zwang besteht, an der totalitären Diktatur festzuhalten, dann wird der Widerstand der bolschewistischen Staaten notwendig elementar sein und erst dann erlahmen, wenn sich die bolschewistischen Staaten davon überzeugen, daß ihr Programm der Lösung der sozialen Frage zum Scheitern verurteilt ist und daß sie den bürgerlichen Weg gehen müssen, wenn sie diese Frage überhaupt lösen wollen. Niemand aber wird annehmen, daß irgendein heute lebender Mensch diesen Zeitpunkt noch erleben wird.

Der Zwang zu zentraler Wirtschaftslenkung

Leider wird uns diese Überlegung zeigen, daß der kommunistische Lösungsversuch die totalitäre Diktatur voraussetzt, wenn auch aus einem ganz anderen Grund, als Karl Marx und seine Schule angenommen haben, als sie die Zwischenschaltung einer Phase der Diktatur des Proletariats zwischen den Akt der revolutionären Expropriation der Expropriateure und die Verwirklichung der sich selbst tragenden klassenlosen Gesellschaft als notwendig angenommen haben. Der wahre Grund ist trivial und hängt mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel zusammen. Wo alle Betriebe in einer einzigen Hand vereinigt sind, da muß diese einzige Hand alle diese Betriebe leiten. Der Zwang zu zentraler Wirtschaftslenkung belastet den kommunistischen Staat mit einer Aufgabe, die so schwierig und verwickelt ist, daß nur eine mit

diktatorischer Gewalt ausgestattete Regierung hoffen kann, sie zu lösen. Es ist unmöglich, eine Regierung parlamentarisch zu kontrollieren, die Herrin der gesamten Güterproduktion und Arbeitgeberin des ganzen Volkes ist. Daß sich militärische Feldzüge nicht parlamentarisch lenken oder kontrollieren lassen, glauben heute alle Menschen. Die Führung eines modernen militärischen Krieges ist aber schon rein organisatorisch ein geradezu primitives Unternehmen verglichen mit der zentralen Lenkung einer Industriewirtschaft. Es genügt nicht einmal eine normale Diktatur, weil der lenkende Staat von den Betrieben mehr fordern muß als bloßen Gehorsam, nämlich eine ekstatische Hingabe der Millionen von Betriebsleitern, die überaus schwer zu kontrollieren sind. Der staatliche Wirtschaftsplan beansprucht religiöse Ver-

ehrung. Deshalb muß die Diktatur totalitär und volkstümlich sein.

Solange der kommunistische Staat an der Vergesellschaftung der Produktionsmittel festhält, muß er die gesamte Volkswirtschaft zentral steuern. Verzichtet er auf die zentrale Steuerung, räumt er den Betrieben die Freiheit autonomer Planung in ihrem Bereich ein, so verwandelt sich die kommunistische Wirtschaft in eine Marktwirtschaft, bei der sich die Pläne der Betriebe in marktmäßiger Weise aufeinander einpendeln. Gleichzeitig verwandeln sich die Betriebsleiter aus weisungsgebundenen Staatsfunktionären in privatautonome Staatspächter. Sobald dies geschieht, entwickeln sich in der kommunistischen Gesellschaft soziale Klassen. Die Tatsache, daß die Betriebsleiter nicht die privaten Eigentümer der Betriebe sind, ändert daran nichts. Auch wenn die kommunistische Regierung mit einem ganzen System von Interventionen in die Marktäufe regulierend eingreift, tut sie nichts anderes, als was alle Regierungen freier Staaten heute mehr oder weniger tun. Sie kann damit nur erreichen, daß die Marktwirtschaft schlecht funktioniert, aber sie kann die Klassenbildung nicht mehr verhindern. Ob die Klasse selbständiger Staatspächter vom kommunistischen Standpunkt eine sozial ungefährlichere soziale Klasse ist als die Klasse der Privateigentümer, ist mehr als zweifelhaft. Eine kommunistische Gesellschaft aber, die soziale Klassen aus sich hervortreibt, ist keine kommunistische Gesellschaft mehr. Sie ist auf dem Wege zu einer freien Gesellschaft. Das kommunistische Experiment ist gescheitert.

Es bleibt bei dem *circulus vitiosus*: Die klassenlose Gesellschaft setzt die Vergesellschaftung der Produktionsmittel voraus und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel erzwingt die zentrale Lenkung der gesamten Volkswirtschaft durch den Staat. Die zentrale Wirtschaftslenkung wieder fordert die totalitäre Diktatur, die Verwandlung aller Bürger in Staatssklaven und die Vernichtung der individuellen Freiheit. Aus diesem Zirkel kann der Kommunismus nicht herauspringen, ohne sein Programm preiszugeben. Der Sprung aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit kann dem Kommunismus nicht gelingen. Das einzige, was dem Kommunismus bleibt, ist die Alternative zwischen einem endgültigen Verzicht auf die individuelle Freiheit also auf das eine seiner beiden letzten Ziele, oder die reumütige Rückkehr zum bürgerlichen Lösungsversuch der sozialen Frage, d. h. zum offenen Bankrott des kommunistischen Experiments.

Damit steht fest, daß die Forderung an den bolschewistischen Staat nach Abschaffung der totalitären Diktatur und damit auf die Möglichkeit zum kalten Krieg gleichbedeutend ist mit der Forderung, den Kommunismus zu liquidieren. So wird aus der Zumutung, um des Völkerfriedens willen auf eine bestimmte Konzentration politischer Gewalt und auf die Unterdrückung von Menschen zu verzichten, die Zumutung, Hoffnungen zu begraben, die ein Jahrhundert lang die Herzen von Millionen bedrück-

ter Menschen entzündet haben und die heute noch die Hoffnungen zahlloser Mühseliger und Beladener sind. Die Annahme, daß sich die Leiter der bolschewistischen Staaten hierzu in absehbarer Zeit entschließen werden, ist zweifellos unrealistisch. Es bleibt aber dabei, daß wir

mit dem Fortbestand der totalitären Diktatur und der Fortdauer des kalten Krieges rechnen müssen und daß nur der Schiffbruch des kommunistischen Experiments uns von dieser gefährlichen, freiheitsgefährdenden Nachbarschaft befreien kann.

Freiheit und Gleichheit haben etwas miteinander zu tun

Mit dieser Tatsache hat die politische Strategie der freien Staaten zu rechnen. Solange der Kommunismus an seinem Versuch der Lösung der sozialen Frage festhält, müssen die freien Staaten unter den Bedingungen des kalten Krieges existieren. Der Tag, an dem ein freier Bewährungswettkampf zwischen der kommunistischen und der liberalen Lösung der sozialen Frage möglich sein würde, ist zugleich der Tag, an dem der kommunistische Lösungsversuch endgültig Schiffbruch erlitten hat. Das Problem der Koexistenz zwischen bolschewistischen und kapitalistischen Staaten ist in der Tat gleichbedeutend mit dem Problem der Koexistenz zwischen Staaten mit totalitärer Diktatur und Staaten freier Verfassung.

Die Überlegung, daß das kommunistische Experiment seine Ziele nicht erreichen kann, wäre allerdings ein schlechter Trost, wenn es sich herausstellen sollte, daß dies dem bürgerlichen Experiment auch nicht gelingen kann. Im Grunde sind sich die bürgerlichen und die kommunistischen Denker darüber klar, daß die Freiheit und die Gleichheit etwas miteinander zu tun haben. Aber weder das bürgerliche, noch das kommunistische System sieht sich in der Lage, beides gleichzeitig zu verwirklichen. Es ist das offenbar unmöglich. Das bürgerliche Experiment beginnt mit der Verwirklichung der individuellen Freiheit und hofft, daß die Freiheit im Laufe der Zeit eine erträgliche Gleichheit aus sich hervortreibt. Die Kommunisten verfahren umgekehrt. Sie halten die Verwirklichung sozialer Gleichheit für eine unerläßliche Vorbedingung der Freiheit, sind sich klar darüber, daß diese Gleichheit zunächst einmal mit härtestem Zwang und unter Vernichtung der individuellen Freiheit erpreßt werden muß, nehmen aber an, daß die Gleichheit, wenn sich die Individuen erst einmal an sie gewohnt und in der Atmosphäre der klassenlosen Gesellschaft ihre wahre Menschennatur zurückgewonnen haben, die individuelle Freiheit wieder aufblühen läßt. Jede der beiden Doktrinen beschäftigt sich damit, der anderen vorzurechnen, daß ihre halbe Lösung scheitern muß, daß ihre Zukunftserwartungen reine Utopie sind und daß der bereits verwirklichte Teil des Programms, nämlich bei dem bürgerlichen Programm die individuelle Freiheit und beim kommunistischen Programm die Gleichheit wieder verloren gehen muß, weil nämlich das von der bürgerlichen Freiheit produzierte Ausmaß von sozialer Ungleichheit zu freiheitsbedrückender Macht- und Klassenbildung im Schoß der Gesellschaft und die vom Zwang zur Durchsetzung der Gleichheit diktierte Konzentration der Gewalt den Aufbau eines hierarchischen Systems erfordert, das auf eine unerträgliche Ungleichheit hinausläuft.

Die geschichtliche Erfahrung hat den Kritikern mehr Recht gegeben als den Lobrednern. Beide Systeme leiden darunter, daß sie nur einem ihrer Ziele Tatkraft angedeihen lassen, während sie von dem anderen erwarten, daß es sich von selbst verwirklicht.

Auf der anderen Seite haben beide Systeme trotz ihrer Unvollkommenheit und Halbheit eine erstaunliche Lebenskraft bewiesen. Die Annahme, daß die halbe Lösung mit geschichtlicher Notwendigkeit zum völligen Selbstzerfall des Systems im ganzen führen muß, hat sich bisher nicht bewahrheitet. Zwar haben sich einige bisher nicht kommunistische Staaten in kommunistische Staaten verwandelt, während sich das Gegenteil bis zum heutigen Tage noch nicht zuge tragen hat. Aber keiner dieser Staaten war vorher ein vollentwickelter kapitalistischer Industriestaat mit ausgeformter demokratischer Verfassung und Tradition. Der Weizen des Kommunismus hat bisher nur in dem sogenannten

unterentwickelten Teil der Staatenwelt geblüht, in Staaten mit absoluten, obrigkeitlichen oder feudalen Überlieferungen. Die Annahme, daß ein Volk erst die ganze kapitalistische Entwicklung durchlaufen haben muß, ehe es revolutionsreif wird, hat sich bisher als völlig irrig erwiesen. Auf der anderen Seite kann sich auch derjenige, der behauptet, daß die kommunistische Gesellschaft notwendig selbst zerfallen muß, nicht auf die Geschichte berufen.

Est ist also durchaus möglich, daß beide Systeme mit ihren typischen Unvollkommenheiten unbestimmte Zeiten hindurch nebeneinander existieren. Es wäre dann kein Ende des kalten Krieges abzusehen; noch viele Generationen müßten das nervenzermürende Ungleichgewicht zwischen totalitären Diktaturen und Demokratie ertragen. Der bolschewistische Staat würde seinen Untertanen Furcht und Zwang, der demokratische Staat den seinigen ein schlechtes soziales Klima bieten. Wie können wir aus diesem Kreis herauspringen?

Der Kommunismus kann es nicht. Er kann aus der zentralen Wirtschaftslenkung nicht zur Freiheit vorstoßen und nicht einmal Gleichheit bieten. Wie aber steht es mit der bürgerlichen Staats- und Wirtschaftsordnung? Kann sie mit ihrem so ungleich verteilten Freiheitssegen zu einem erträglichen Grad von sozialer Gleichheit gelangen?

Wette gegen Wette

In dieser Frage stehen sich die Meinungen schroff gegenüber. Die bürgerliche Wissenschaft behauptet, daß die marktwirtschaftliche Ordnung mehr als irgendeine andere den Wohlstand der breiten Massen vermehre, den größten Ertrag mit dem geringsten Aufwand erziele und dahin tendiere, alle vorhandenen produktiven Kräfte zu beschäftigen. Je mehr sich die ökonomische Lage der breiten Schichten verbessere, desto höhere Löhne müßten die Reichen den gehobenen Armen zahlen und zu desto niedrigeren Preisen müßten sie die steigenden Bedürfnisse der gehobenen Armen befriedigen. Dem Zwang zu verdienen, unterliegen in der Marktgesellschaft alle, die Reichen und die Armen. Dieser Zwang geht aber weder von der Regierung, noch von einzelnen Gruppen oder Menschen, sondern vom System aus. Das Vorhandensein müssiger, parasitärer Herrenschaften ist kein Kennzeichen des marktwirtschaftlichen Systems. Die Reichen verdienen mit interessanter, den Menschen vielseitig in Anspruch nehmender Tätigkeit sehr viel mehr als die Ärmeren mit eintöniger, anstrengender, einseitiger Arbeit. Diese Ungleichheit in der Verteilung der Glücksgüter kann das marktwirtschaftliche System nicht überwinden. Aber das marktwirtschaftliche System kann verhindern, daß sich diese Ungleichheit in soziale Abhängigkeit der Ärmeren von den Reichen verwandelt. Je länger dem marktwirtschaftlichen System die Gelegenheit gegeben wird, sich im Frieden gemäß der ihm innewohnenden Ordnung zu entfalten, desto mehr müssen die Reichen für die Zunahme des Wohl-

standes und der individuellen Planungsfreiheit der einkommensschwächeren Schichten arbeiten, d. h. also an der Mehrung der Gleichheit. Ihr Reichtum hängt davon ab, daß ihnen das gelingt. Die Ungleichheit der Vermögen und Einkommen bedeutet dann nicht mehr Ungleichheit der Tauschposition; der Reiche wird immer mehr abhängig von dem, was ihm die einkommensschwächeren Partner der Arbeits- und Kaufverträge bieten, während das Angewiesensein der kleinen Leute auf die Leistungen der Reichen mit dem Nachlassen bitterer Not geringer wird. Mögen die Vermögen und Einkommen ungleich bleiben, innerhalb ihrer Vermögens- und Einkommensverhältnisse ist jeder gleich frei, und zwar nicht nur vor dem Gesetz, sondern auch in der sozialen Wirklichkeit. Das ist die Gleichheit, die das marktwirtschaftliche System zu bieten vermag; dies ist der Weg, auf dem dieses System von der formalen Freiheit her zur Gleichheit vorstößt; es hat in sich die Tendenz, diesen Weg bis zu dem überhaupt erreichbaren Ende zu gehen.

Die kommunistische Kritik erklärt diese ganzen Annahmen für ein unseriöses, utopistisches Spiel der Phantasie ohne jeden Realitätsgehalt, für ein kindisches oder unaufrichtiges Idyll. Sie behauptet, daß die Ungleichheit der Vermögen und Einkommen Macht produziert, und zwar sowohl unmittelbare ökonomische Ausbeutungsmacht, als auch mittelbaren politischen Einfluß. Die Reichen unterwerfen die Armen und bemächtigen sich der Herrschaft im Staat. Alle diejenigen Momente und Einrichtungen, von denen

sich die Liberalen eine Mehrung der Gleichheit und damit auch der Freiheit versprechen, tragen umgekehrt dazu bei, die Gleichheit mitsamt der Freiheit progressiv zu vernichten und die nackte Gewalt auf den Thron zu setzen. So erzwingt der wirtschaftliche Fortschritt immer gewaltigere Betriebsgrößen. Das Privateigentum verschafft dem, der es hat, gegenüber den Arbeitern, einen Vorsprung im Tauschverhältnis, der schlechterdings nicht eliminiert werden kann. Das individuelle Gewinnstreben nötigt den Privateigentümer, diesen Vorsprung, den Mehrwert voll in Anspruch zu nehmen. Und die Konkurrenz veranlaßt die Privateigentümer, sich gegenseitig das Eigentum abzujagen; der größere Eigentümer akkumuliert immer mehr Kapital in seiner Hand, bis schließlich nur noch eine Handvoll Industrieherzöge mit geballten Monopolkonzernen übrig bleibt und die Zahl möglicher Konkurrenten so zusammengeschmolzen ist, daß es keine Konkurrenz mehr gibt. Schließlich werden Millionen von eigentumslosen Arbeitern und enteigneten ehemaligen Kleinrentnern von wenigen Rieseigentümern vollständig und diktatorisch beherrscht. Das Freiheitssystem hat sich in ein einziges diktatorisch geleitetes Arbeitshaus verwandelt. Das ist dann der Augenblick, in dem die Millionen die wenigen Oligarchen vom Thron stoßen und sich selbst auf den Sack mit dem akkumulierten Kapital setzen.

Es steht also sozusagen Wette gegen Wette.

Zieht man die geschichtliche Erfahrung zu Rate, so nimmt man wahr, daß beide Entwicklungen stattfinden. Auf der einen Seite mehrt sich der Wohlstand der Massen und verschiebt sich die soziale Machtverteilung zwischen Reich und Arm ganz offenkundig und dauernd zu Gunsten der Unbemittelten. Dieser Prozeß ist bereits sichtbar in Gang gekommen, bevor es noch eine entfaltete Sozialpolitik im heutigen Sinne gegeben hat. Auf der anderen Seite aber beobachten wir unablässig innerhalb der Wirtschaft Konzentrationsprozesse, die nach Art und Ablauf dem von Karl Marx beschriebenen Konzentrationsprozeß sehr ähnlich sehen. Aber diese beschränken sich doch immer nur auf einzelne Industrien und Industriekombinationen, entwickeln sich zu einer gewissen Größe und bleiben dann stecken, ja, zerfallen nicht selten wieder. In breiten Bereichen der Produktion und des Handels ereignet sich überhaupt nichts dergleichen oder doch nur in sehr bescheidenem Umfang. Die Riesenbetriebe und die großen Konzerne bleiben mit den vom Wettbewerb gekennzeichneten Märkten tauschwirtschaftlich verflochten, ihre Macht bleibt, aufs Ganze gesehen, relativ bescheiden, ihre Abhängigkeit von Märkten und Menschenmassen, auf die sie keinen Einfluß haben, groß. Der Konzentrationsprozeß scheint im Rahmen einer freien Marktwirtschaft erstens einmal auf bestimmte Bereiche, auf denen besondere, ihn begünstigende Vorbedingungen vorliegen, lokalisiert und im übrigen völlig außerstande zu sein, aus einer lokalen zu einer universalen, übergreifenden Erscheinung zu werden. Außerdem scheint er geradezu davon zu leben, daß er in ein Meer der Freiheit eingebettet ist. Soweit solche Gebilde

Monopolstellungen besitzen, sind diese Monopolstellungen beschränkt und bedroht, und soweit sie keine Monopolstellungen besitzen, müssen sie sich wie alle reichen Leute durch angestrengten Dienst an anderen Leuten, die nicht reich sind, behaupten. Anders ausgedrückt: Das marktwirtschaftliche System arbeitet zwar nicht so, wie die liberale Theorie angibt, sondern es arbeitet mit sehr erheblichen Fehlerquellen und erreicht deshalb auch die Ziele, die ihm von der liberalen Politik gesetzt sind, nur sehr unvollkommen, mit mehr oder weniger schweren Rückschlägen und Komplikationen. Es hat aber im ganzen gesehen, eine bemerkenswerte, ja unverwundliche Kraft bewiesen, sich als Freiheitsordnung zu behaupten und alle Ansätze zu Machtkonzentrationen bis zu einem gewissen Grade zu neutralisieren und abzufangen, und dies trotz schwerer Wirtschaftskrisen und anstößiger sozialer Mißstände. Per saldo haben sich der Massenwohlstand und die Reallöhne in allen Industrienationen mit marktwirtschaftli-

cher Ordnung sichtbar gehoben und diese Anhebung des Wohlstandes und der Reallöhne haben die von der liberalen Lehre behaupteten Folgen gehabt, nämlich eine Zunahme der Freiheit und der effektiven sozialen Gleichheit der Tauschbedingungen mit sich gebracht. Was nun die Natur der Störungs- und Zerfallskräfte betrifft, so sind sie von der kommunistischen Kritik nur zu einem Teil richtig beschrieben und zu einem nur sehr kleinen Teil richtig erklärt worden. Die kommunistische Kritik hat zwar eine gefährliche geistige und politische Vertrauenskrise für die marktwirtschaftliche Ordnung heraufbeschworen und vor allem das Selbstbewußtsein und das soziale Gewissen der Anhänger dieser Ordnung stark erschüttert. Zugleich hat sie aber auch entscheidend dazu beigetragen, die theoretischen Einsichten der bürgerlichen Nationalökonomien zu vertiefen, den Kreis ihrer Fragestellungen und die Aspekte der Betrachtung zu erweitern, ihr soziales Gewissen zu schärfen und ihre Selbstkritik zu intensivieren.

Schwächen und Grenzen der marktwirtschaftlichen Freiheitsordnung

Wir sehen heute die Schwächen und Grenzen der marktwirtschaftlichen Freiheitsordnung viel klarer, damit zugleich aber auch den Umkreis der Möglichkeiten, diese Ordnung zu verbessern und zu verfeinern. Wir haben sozusagen das Tief überwunden und befinden uns in einer aufsteigenden Linie. Der Sieg der kommunistischen Revolution in Rußland und neuerdings in China hat ebenfalls die bürgerliche Ordnung zugleich aufs neue gefährdet und aufs neue gefördert. Gefährdet durch den gewaltigen Besitz an politischem Machtpotential, der seitdem dem Kommunismus zur Verfügung steht, um die bürgerlichen Staaten von außen zu bedrohen und einzuschüchtern und von innen durch Untergrabung von Staatsautorität, Anzettelung und Finanzierung von Revolten und fünfte Kolonnen auszuhöheln. Dazu kommt noch die Verblendung, die von der geballten Macht und von dem großen historischen Erfolg auf die Menschen ausgeht, besonders auf die Intellektuellen. Gefördert hat dieses Ereignis die bürgerliche Ordnung, weil seither die Kommunisten selbst in die Verlegenheit geraten sind, die Leistungsfähigkeit ihres eigenen Systems politisch nachzuweisen, und weil die Ereignisse, die sich seither im bolschewistischen Machtbereich zugetragen haben, und die Schwierigkeiten, in die sich die bolschewistische Innen- und Wirtschaftspolitik unablässig versetzt sieht, dazu angetan sind, die moralische und intellektuelle Achtung vor diesem System zu untergraben.

Vor allem aber hat die geschichtliche Erfahrung eines gezeigt: Die marktwirtschaftliche Ordnung hat sich bisher noch nirgends von innen heraus zu einem konzentrierten Machtssystem entwickelt, ja eine solche Entwicklung auch nicht einmal vorzubereiten vermocht, wenn man von sehr bescheidenen Ansätzen absieht. Noch niemals hat eine marktwirtschaftliche Ordnung der kommunistischen Revolution den

Gefallen getan, die Akkumulation des Kapitals so weit vorzutreiben, daß es nur eines leichten revolutionären Ellenbogendruckes der Millionen von Expropriierten bedurft hätte, um die paar Inhaber der gesamten Produktionsmittel beiseite zu schieben und den gesamten, wohllassortierten Nibelungenhort im Namen des Proletariats zu okkupieren. Nicht einmal Wirtschaftskrisen der schwersten Art haben bisher eine revolutionäre Situation im Sinne der kommunistischen Doktrin zu erzeugen vermocht. Als die Kommunisten im Jahre 1917 ihre Revolution in Rußland machten und als sie nach 1945 ihren Siegeszug aufs neue antraten, da gab es in den Ländern, derer sie sich bemächtigten, weder eine kapitalistische Kapitalsakkumulation, noch eine kapitalistische Wirtschaftskrise, und als in den Jahren 1929 bis 1934 alle kapitalistischen Industriestaaten von einer beispiellos schweren Wirtschaftskrise heimgesucht wurden, da gab es bei keinem dieser Staaten eine kommunistische Revolution, ja nicht einmal ernst zu nehmende Ansätze zu einer solchen Revolution, und der außenpolitische Einfluß des bolschewistischen russischen Riesenreiches befand sich auf seinem Tiefpunkt.

Es ist auch durchaus unwahrscheinlich und widerspricht aller geschichtlichen Erfahrung seit den Urzeiten, daß Völker ohne Tyrannei die Tyrannis sozusagen aus sich selbst hervortreiben. Keines dieser Völker ist über relativ bescheidene Machtballungen hinausgelangt; es blieb immer bei irgendeiner temperierten Form von labilem Gleichgewicht zwischen Kräften gemäßigten Stärkegrades. Alle über diese Grade hinausgehende Machtkonzentration und Unterwerfung ist durch Anwendung militanter, massierter, brutaler Gewalt gestiftet worden, sei es durch kriegerische Eroberung und Unterwerfung von außen, sei es durch militante und gewalt-

same Überlagerung von Volksschichten durch energisch geführte und disziplinierte Schichten des gleichen Volks in Bürgerkriegen. Die Dialektik des Selbstzerfalls freier Systeme führt niemals unmittelbar zur Konzentration zentraler

Gewalt, sondern in Anarchie und Libertären-Rivalitäten, und auch dieser Art des Selbstzerfalls sind zerfallende Autoritätssysteme in höherem Grade ausgesetzt als echte Freiheitsordnungen.

Drei Gegenmittel

Gegen den Angriff des Gewaltprinzips besitzen freie Ordnungen drei Gegenmittel. Das erste ist die Abwehr des Angriffs ebenfalls mit Mitteln der Gewalt oder des politischen Verhandlungsgeschicks. Mit dieser ersten Möglichkeit beschäftigt sich die sogenannte freie Welt von heute fast ausschließlich. Je stabiler aber die einander gegenüberstehenden freiheitlichen und totalitären Fronten sind, je mehr sich die beiderseitigen Machtmittel und Rüstungen die Waage halten, je länger sich beide Lager im Zustand der Hochrüstung gegenüberstehen, desto weniger vermag dieses Gegenmittel eine Lösung zu bringen und der Drohung ein Ende zu setzen. Es kommt dazu, daß das beiderseitige Gegenüberstehen in einer dauernden überdramatisierten Spannung, wie sie von der stets paraten Drohung mit Gewalt und List ausgeht, der Entfaltung freiheitlichen sozialen Lebens Abbruch tut und der Konsolidierung einer überhitzten Machtkonzentration bei den totalitären Staaten Vorschub leistet. Die Totalitären sind bei solcher Konfrontation in ihrem Element, die freiheitlichen Staaten sind es nicht.

Aus diesem Grunde werden die beiden anderen Gegenmittel immer wichtiger. Das zweite ist die Sorge für einen erfolgreichen Ausbau der eigenen Freiheitsordnung im Sinne eines wahrhaft sozialen Systems. Seine Anwendung stärkt die freie Gesellschaft und richtet vor den Augen der Leiter und der Bevölkerung der totalitären Gesellschaft ein werbendes Vorbild auf. Das dritte Gegenmittel besteht in den Zerfalls- und Sprengungstendenzen im Gefüge der totalitären Staaten. Diese Tendenzen zutreffend zu erken-

nen und sorgfältig zu beobachten, gehört, wie gerade das Beispiel der kommunistischen Revolutionsstrategie gezeigt hat, zu den wichtigsten Mitteln der geistigen Kriegsführung. Das Ziel muß sein, die Bedingungen zu erkennen, unter denen sich die Zerfalls- und Sprengungstendenzen eines totalitären Gewaltsystems am stärksten durchsetzen, und zu versuchen, diese Bedingungen herbeizuführen. Um es vorwegzunehmen: es sind die Bedingungen des Friedens, der internationalen Beruhigung, der Entdramatisierung der Politik.

Alle drei Gegenmittel müssen gleichzeitig und kombiniert angewendet werden: Rüstung, Reform der Freiheitsordnung und Beförderung des Zerfalls der Gewaltkonzentration. Das erste gehört der Außenpolitik, die beiden letzten der Innenpolitik an. Das Gewicht liegt bei der innerpolitischen Potenz; sie ist nicht nur daseinserhaltend, wie die Außenpolitik, sondern daseinserzeugend zugleich. Für einen Kampf, wie es derjenige ist, in dem wir uns heute befinden, gilt daher der Satz vom Primat der Außenpolitik nicht; das Primat gebührt der Innenpolitik und dem Geist, der auf die Entfaltung der gesellschaftlichen Ordnung und die Lösung der sozialen Frage gerichtet ist. Nur so gewinnen wir ein strategisches Aktionsprogramm, das die Politik aller beteiligten Staaten bestimmt, auf lange Dauer berechnet und allen Phasen der künftigen Entwicklung gewachsen ist, soweit man das von einem Programm sagen kann, d. h. solange die derzeitige Frontenkonstellation andauert.

Zerfalls- und Sprengungstendenzen der kommunistisch-totalitären Gesellschaft

Über das zweite Gegenmittel, über die Pflege der Freiheitsordnung und insbesondere über den Ausbau des marktwirtschaftlichen Systems will ich mich hier nicht verbreiten, obwohl die Versuchung für mich aus einem dreifachen Grunde besonders verlockend ist. Erstens ist es das Wichtigste der drei Gegenmittel. Zweitens ist vieles darüber zu sagen, was sozusagen im Zentrum meines Forschungszweiges und meines Nachdenkens liegt. Und drittens empfiehlt es sich immer, mit dem Kehren zunächst vor der eigenen Tür zu beginnen, bevor man sich kritisch mit den Schwächen der Gegenseite, besonders einer, wie ich gestehe, so ungeliebten Gegenseite beschäftigt. Aber ich sehe die Unmöglichkeit ein, im Rahmen dieses Referats über diese wichtige Frage auch nur das Not-

dürftigste zu sagen, ohne Ihre Geduld zu mißbrauchen und alle Proportionen zu sprengen.

Ich wende mich also der Betrachtung der Zerfalls- und Sprengungstendenzen der kommunistisch-totalitären Gesellschaft zu.

Die meisten Einwohner freier Staaten glauben, der totalitäre Diktaturstaat müsse daran zerschellen, daß er die Freiheit unterdrücke. Man meint, die Menschen ertragen das nicht lange. Der totalitären Diktatur droht aber Gefahr noch von einer anderen Seite, nämlich deshalb, weil sie den Staat überfordert. Hier lautet die Frage nicht: wie lange ertragen die Untertanen, was ihnen ihre Herrscher zumuten? sondern sie lautet: wie lange können die Herrscher leisten, was ihr System von ihnen verlangt?

Ich muß bei dieser Gelegenheit noch einmal auf den Unterschied zwischen Marktwirtschaft und Zentralverwaltungswirtschaft zurückkommen. Es ist der große Vorzug des marktwirtschaftlichen Systems, daß es innerhalb seiner Bedingungen *automatisch* arbeitet. Das bedeutet für den bürgerlichen Staat, daß sich seine Aufgabe auf die Sorge beschränkt, diese Bedingungen bereitzustellen und über den Spielregeln zu wachen. Der Staat ist nur Hüter und Pfleger des Systems, nicht Planer der Volkswirtschaft. Diese Aufgabe, mag sie auch erheblich schwerer und verwickelter sein, als die ökonomischen Klassiker des 18. Jahrhunderts geglaubt haben, ist immerhin begrenzt und übersehbar. Sie kann deshalb von einem Staat bewältigt werden, dessen Macht nach demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen beschränkt ist. Es bedarf keines exorbitanten Verwaltungs- und Justizapparates. Die Tätigkeit der Regierung kann vom Volke, von der öffentlichen Meinung, von der Presse, von freigewählten Parlamenten und von politischen Parteien kontrolliert werden. Der in Freiheit organisierte Wirtschaftsprozeß erlaubt ein freiheitliches Regierungssystem. Der alte Satz des Aristoteles: Gesetze sollen herrschen, nicht Menschen, kann wenigstens annäherungsweise befolgt werden.

Das alles wird unmöglich, sobald sich ein Staat die Aufgabe aufbürdet, die Wirtschaft zentral zu lenken. Damit wird der Schwerpunkt der Staatstätigkeit vom Gesetz in die verwaltungsmäßige Zweckmäßigkeit- und Ermessensentscheidung verlegt. Die Freiheit der Bürger unter dem Gesetz verwandelt sich in den Gehorsam der Untertanen unter den Befehl. Der Staat, nicht ein sozialer Einpendelungsprozeß, bestimmt den sozialen Alltag. Dieser Vorgang ist so immens, so verwickelt, so unanschaulich, daß er sich jeder politisch wirksamen Kontrolle entzieht. Er kann sachlich zufriedenstellend überhaupt nicht und technisch zufriedenstellend nur in einer totalitären Diktatur gemeistert werden.

Damit aber belasten sich die Regierenden mit zwei Geschäften, die zu den schwierigsten Geschäften überhaupt gehören, nämlich einmal mit dem Geschäft des totalitär-diktatorischen Regierens und zum anderen mit dem Geschäft der zentralen Wirtschaftslenkung. Das eine ist ein spezifisch machtpolitisches, das andere ein spezifisch fachmännisch-technisches Geschäft, das eine erfordert Willen, Härte, Brutalität, Beherrschung von Menschen und Massen, Mißtrauen, Vitalität, Phantasie, das andere Weisheit, Kraft des theoretischen Denkens, Interdependenzgefühl, Überblick über einen ganzen Kosmos von Daten und Voraussicht der Zukunft.

Welches sind nun die Bedingungen, die für diese beiden Unterfangen günstig und ungünstig sind und wie groß ist die Wahrscheinlichkeit dafür, daß die günstigen Bedingungen durch lange Zeiträume hindurch verwirklicht und die ungünstigen ferngehalten werden können?

Betrachten wir zunächst das Geschäft des totalitären Regierens.

Das Geschäft des totalitären Regierens

Eine Herrschaftsgewalt, die Millionen von nicht kasernierten, mit ihren Familien zusammenlebenden, schwer zu beaufsichtigenden Menschen aller Berufe dauernd in ihrem Alltag kontrollieren, kommandieren und zu einer wohldisziplinierten Armee politischer und wirtschaftlicher Soldaten, zu einer Staatsbelegschaft sozusagen, zusammenschweißen will, die muß mit diesem ganzen Volk unablässig exerzieren, darf es keinen Augenblick zur Ruhe kommen lassen, muß es in einem Aggregatzustand der willfähigen Unterordnung, ja weit darüber hinaus, in einen Aggregatzustand der äußersten ekstatischen Hingabe, Selbstentäußerung und übermilitanten Selbstdisziplinierung versetzen. Sie muß die Staatsideologie in der Gestalt einer revolutionären Ideologie unermüdlich in die Gehirne und Herzen einhämmern, muß sie durch eine ganze Armee von spezialisierten Predigern und Berufsrevolutionären verbreiten und fortentwickeln lassen, darf keine Häresie, keine störenden ideologischen Einflüsse dulden, muß die Privat- und Kollegengespräche, die Gesinnung in den Familien überwachen. Sie muß die Staatsmaschine in eine atemberaubende Umdrehungsgeschwindigkeit versetzen, muß die Innen- und Außenpolitik dramatisieren, muß das Volk mit einer nie abreißen Kette von Probemobilmachungen wie Kundgebungen, Staatsfeiern, Protestmärschen, Schauprozessen, Sammel- und Briefaktionen usw. in Atem halten, kurz mit allen Mitteln für eine Dynamik sorgen, der sich kein Individuum entziehen kann, ohne aus dem fieberhaften Blutkreislauf der totalitären Gesellschaft abgedrängt und dadurch in eine Vereinzelnung, Vereinsamung und soziale Luftleere hineingezwungen zu werden, die der Durchschnittsmensch mit seinen geselligen Bedürfnissen einfach nicht erträgt.

Diese Notwendigkeit, die Gesellschaft sozusagen rauschhaft zu disziplinieren, ist es auch, die ihrerseits die Tendenz zur politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Autarkie, zu eisernen Vorhängen, zur Unterbindung der Freizügigkeit, zur Zensur des geistigen Lebens, zur Fernhaltung von Auslandseinflüssen erzwingt. Darin eben unterscheidet sich die totalitäre Diktatur von der normalen Diktatur, die sich bloß auf das Heer und auf politische Prätorianergarden stützt, aber, was das Volk und seinen Alltag betrifft, sich damit begnügt, daß die Leute ihre Steuern und Abgaben bezahlen, sich jede Willkür gefallen lassen und keine Aufstände anzetteln. Die totalitäre Diktatur aber muß das Volk unmittelbar in den Staatsvollzug einspannen, sie muß populär sein, sie darf den lebendigen Kontakt mit den Massen nicht verlieren, sie muß die Leute beschäftigen. Der leidende Gehorsam genügt nicht, was erreicht werden muß, ist der fanatische Gehorsam.

Aus diesem Grund trifft es auch nicht zu, daß die Untertanen einer totalitären Diktatur keinen Anteil an der Staatsgewalt haben. Gewiß, sie haben keinen Einfluß auf die Staatslenkung, auf den Inhalt der Wirtschaftspläne, auf die Gesetze, Verordnungen und Befehle. Aber sie

werden sehr nachhaltig und aktiv für die Durchführung der großen und kleinen Staatsaktionen herangezogen. Was in den Demokratien die Bürokratie und die Polizei allein besorgt, das wird in totalitären Diktaturen zu einem Teil von unbeamteten Vollsgenossen bewältigt, denen zu diesem Behuf mitunter recht weitreichende Vollmachten erteilt und Verantwortlichkeiten aufgebürdet werden. So bekommen wir in der Bundesrepublik nicht selten von Besuchern oder Flüchtlingen aus der Sowjetzone zu hören: Ja gewiß, bei Euch leben die breiten Massen viel besser als bei uns und man muß hier nicht in dieser entwürdigenden Angst leben, dafür hat aber bei Euch das Volk nichts mitzureden. Und wenn wir dann auf unsere demokratischen Verfassungseinrichtungen, die freie Presse und die freien Wahlen hinweisen, dann sagen sie: Ja, bei Euch dürfen die Leute allerdings mitreden, aber nur über Dinge, die sie nicht verstehen und nicht überblicken können, aber bei uns können wir z. B. im Betrieb Einfluß in Fragen nehmen, die wir verstehen. Das gilt in besonders hohem Grade natürlich für die große Schicht der Berufsrevolutionäre und der kleineren Parteifunktionäre. Das totalitäre Regime nimmt hier den Tätigkeitsdrang aktiver Naturen, die sich unter den Bedingungen bürgerlicher Demokratien in untergeordneten Alltagsbeschäftigungen fernab vom öffentlichen Leben vernutzen würden, in einem Umfang für Macht-, Überwachungs- und Organisationsaufgaben in Anspruch, der es verständlich macht, wie groß die Anziehungskraft des totalitären Daseinsrythmus gerade auf junge Menschen ist, die überall dabei sein wollen, wo energisch und rücksichtslos durchgegriffen und ohne bürokratische Hemmungen gehandelt wird. Als ich im nationalsozialistischen Deutschland die Scharen von SA- und SS-Männern, von Studentenschafts-, Dozentenschafts-, Ärzte- und Juristenführern, von Blockwarten, Ortsgruppenleitern und dergleichen Leuten sah, da beschlich mich eine Ahnung, als habe die Revolution unserer Tage schon lange nichts mehr mit der Arbeiterfrage, mit der materiellen Elendslage verarmter Schichten oder mit dem elementaren Bedürfnis Unter-

drückter nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zu tun, um so mehr aber mit dem niedergehaltenen Aktivitätsdrang, Macht- und Geltungsbedürfnis der kleinen Leute vor allem in den unteren Schichten des Mittelstandes, aber auch der Intelligenz. Diese Leute gingen im Dritten Reich auf wie Pfannkuchen und schwelgten in dem, was sie die Bewegung nannten. Die Demokratie kann dieses Bedürfnis schlechterdings nicht in vergleichbarer Weise befriedigen. Man mag mit ihm verständnisvolles Mitgefühl haben, die Tatsache menschlich und soziologisch bedauern, und den latenten Expansionsdruck fürchten, der von diesem unterdrückten Trieb in der friedlichen Gesellschaft gut regierter oder gar mäßig regierter demokratischer Staaten ausgeübt wird; wer aber erlebt hat, in wie furchtbarer Weise sich das Dasein unter der Fuchtel dieser Gruppen verwandelt und welche mörderische Waffe diese Gefolgschaft in der Hand rücksichtsloser Diktatoren sein kann, dessen Bedauern vermindert sich bei dem Gedanken um die viele Tatkraft, die in unserer Gesellschaft vorhanden ist und keine Nahrung findet.

Das totalitäre Regiment ist also gemäß seinem eigenen Gesetz auf übernormale Körpertemperatur und übernormale Blutdruck angewiesen; es bedarf der übersteigerten Dynamik und kann sich das Absinken in den Alltag einfach nicht leisten. Wer also die Bedingungen für totalitäres Regieren und totalitäre Systeme verschlechtern oder erschweren will, der muß eine konsequente Entdramatisierung der Außenpolitik und der politischen Atmosphäre wünschen. Gerüstetsein in Verbindung mit nie nachlassender intelligenter Geduld bei der Behandlung aller vorkommenden Konfliktfragen, freilich aber auch in Verbindung mit stets gegenwärtiger realistischer Einsicht in die latente Gefährlichkeit der Koexistenz neben totalitären Systemen ist hier die einzige erfolgversprechende Strategie. Aggressivität in Zeiten der Spannung oder auch der günstigen Gelegenheit und euphorische Vertrauenseligkeit in Zeiten nachlassenden Druckes sind gleichermaßen von Übel. So viel zum Geschäft des totalitären Regierens.

Das Geschäft der zentralen Wirtschaftslenkung

Es bleibt das Geschäft der zentralen Wirtschaftslenkung.

Selbst wenn man den zu befriedigenden Bedarf als gegeben und konstant annimmt, so bereitet die Koordinierung aller Teilverrichtungen und komplementären Produktionen die allergrößten Schwierigkeiten, besonders wenn sich nachträglich irgendwelche Daten ändern und improvisierte Anpassungen notwendig werden. Da nun aber auch der zu befriedigende Bedarf eine sich stets ändernde und schwer feststellbare Größe ist, vervielfachen sich die Schwierigkeiten ins Immense. Die Koordinierung kann um so weniger gelingen, je differenzierter der Produktionsapparat, die Arbeitsteilung und die Bedürfnisse sind.

Die kommunistische Staatsleitung kann sich diese Koordinierungsaufgabe allerdings dadurch erleichtern, daß sie die Bedarfswünsche der Bevölkerung ignoriert, d. h. daß sie nicht produziert, was die Leute konsumieren wollen, sondern die Leute auf dasjenige verweist, was gemäß den Mehrjahrsplänen produziert worden ist. Das ist aber nur so lange möglich, als die Leitung den Bedarf bewußt unterversorgt, so daß dieser mit allem Vorlieb nimmt, was zur Verteilung freigegeben wird. Und wenn man schließlich auch jedes beliebige Sortiment von Konsumgütern unterbringen kann, wofern man nur die Kaufkraft entsprechend manipuliert, so erzeugt doch das primitive Mittel der Geldvermehrung in Verbindung mit künstlich niedrig

gehaltenen Preisen beim Volk immer den Eindruck des Mangels, weil der Vorrat ständig ausverkauft und die Ware rationiert ist.

Es empfiehlt sich also für die Zentrale, den Konsum so knapp wie möglich zu halten und die Produktion auf den Aufbau von Investitionsgüterindustrien und auf die Versorgung des Staats mit Gütern des militärischen und politischen Machtbedarfs zu konzentrieren, der sich innerhalb gewisser Grenzen zentral vorausplanen läßt. Dadurch primitiviert sich das Geschäft der zentralen Planung; gleichzeitig nehmen die Leistungen des Produktionsapparates einen monumentalen und imposanten Charakter an: Bergwerke, Schwerindustrien, Atombomben, militäre Großrüstung, repräsentative Staatsbauten, Kollektivpracht jeder Art: das läßt sich sehen, damit kann man prunken.

Politische und soziale Konsequenzen

Es soll hier nicht von den ökonomischen Problemen die Rede sein, die in einem solchen Falle auftauchen, statt dessen aber von den politischen und sozialen Konsequenzen, die sich an ein solches Herumwerfen des wirtschaftspolitischen Steuers anknüpfen und die bisher jedesmal auch tatsächlich aufgetreten sind.

Hier ist zunächst die Tatsache zu beachten, daß an zwei Stellen ein völlig ungewohntes Plus von Freiheit eintritt. Nämlich einmal in der Sphäre der Verbraucher, die plötzlich wieder in den effektiven Genuß einer Art von freier Konsumwahl gelangen und etwas von der Macht zu ahnen beginnen, die in einer freien Wirtschaftsordnung die Konsumenten haben. Sodann in der Sphäre der Betriebsleiter, die einen Teil privatwirtschaftlicher Initiative zurückgewinnen und sich nicht mehr ausschließlich an den Plandirektiven der Zentrale zu orientieren brauchen, sondern sich stattdessen am Markt und seinen spontanen Preis- und Nachfragebewegungen ausrichten können. Sehr stark empfunden wird ein solcher Wechsel vor allem jedesmal von den Leitern landwirtschaftlicher Betriebe, in denen sich dann halbvergessene Bauern- und Pächterinstinkte regen.

Indem auf solche Weise Verbraucher und Betriebsleiter der Zucht, Disziplin und Kontrolle der zentralen Leitung wenigstens zu einem Teil entgleiten und Menschen, die bisher als Funktionäre in ein von oben gesteuertes System eingespannt waren, das Erlebnis ihrer individuellen Autonomiefähigkeit machen, bahnt sich notwendig ein politischer Emanzipationsvorgang an, der auf die Dauer einem totalitären System — schon von der Seite des Lebensgefühls her — gefährlich werden muß, jedenfalls gefährlich werden kann.

Dabei ist für den kommunistischen Staat die politisch-soziale Emanzipation der Betriebsleiter zweifellos gefährlicher als die Emanzipation der Verbraucher. Denn einmal sitzen die Betriebsleiter auf einer höheren Stufe der bolsche-

Aber schließlich tritt an einen Staat, der für sich in Anspruch nimmt, die soziale Frage lösen zu wollen, auch einmal die Nötigung heran, etwas für den Lebensstandard der breiten Massen zu tun und die Konsumgüterproduktion zu forcieren. Sobald aber dies geschieht, sieht sich die Leitung einem sich rasch differenzierenden Bedarf gegenüber, und dann zeigt sich schon bald die geringe Leistungsfähigkeit der zentralen Lenkungstechnik.

In dieser Situation hat sich die Regierung bisher noch jedesmal bald genötigt gesehen, die Technik der zentralen Planung zu lockern, den Betriebsleitern einen erweiterten Handlungs- und Planungsspielraum zuzugestehen, eine Art von zwischenbetrieblichem Wettbewerb zuzulassen und für einen beschränkten Kreis von Gütern so etwas wie eine freie Marktpreisbildung in Vollzug zu setzen.

wistischen Sozialhierarchie und sind deshalb politisch ernster zu nehmen. Zum anderen aber verändern sie, sobald sie aus der Subordination des zentralen Lenkungssystems in die Autonomie des marktwirtschaftlichen Produzierens entlassen werden, ihren sozialen Standort innerhalb der Gesellschaft. Sie verwandeln sich aus weisungsgebenden Executivorganen des Staats in autonom wirtschaftende Staatspächter, d. h. aber nicht mehr und nicht weniger, als daß aus einer Beamtenkaste eine soziale Klasse im Sinne der kommunistischen Doktrin wird und zwar eine herrschende Klasse. Daß sie nicht die Eigentümer ihrer Betriebe sind, sondern mit fremden und zwar staats-eigenen Produktionsmitteln arbeiten, tut nichts zur Sache, ebenso wenig, daß sie vielleicht nicht am Gewinn beteiligt sind. Entscheidend ist, daß sie befugt sind, mit den ihnen anvertrauten Produktionsmitteln in der gleichen autonomen und marktorientierten Weise zu verfahren wie Privatunternehmer in einer bürgerlichen Marktwirtschaft. Es kommt dazu, daß sie nunmehr das natürliche Interesse haben, ihre Emanzipation weitervorzutreiben und die volle Rechtstellung eines Privatunternehmers anzustreben, möglichst verknüpft mit gewissen politischen Prärogativen, die ihrer bisherigen Position ankleben und die dann einen feudalen Charakter annehmen.

Es leuchtet ein, daß ein kommunistischer Staat, der das Wiedererstehen sozialer Klassen duldet, den Kommunismus preisgibt.

Zwar mag es nicht leicht sein, eine solche Entwicklung, wenn sie sich einmal angebahnt und eingespielt hat, wieder zu kassieren. Vor allem deshalb nicht, weil sich die Leistungsüberlegenheit des marktwirtschaftlichen Systems in solchen Auflockerungsperioden sehr eindrucksvoll zu zeigen pflegt und die Rückkehr zur straffen Zentralsteuerung für die breiten Massen der Verbraucher eine herbe Enttäuschung bedeutet.

Trotzdem hat sich die bolschewistische Regierung bisher noch jedesmal dazu entschlossen, den

liberalen Kurs nach einiger Zeit brutal zu kassieren, zuweilen unter dramatischen Begleiterscheinungen. Die angedeuteten Emanzipationsgefahren scheinen sich also hinreichend beängstigend abgezeichnet zu haben. Die Produktion wurde aufs Neue vom Konsumsektor auf den Investitions- und Staatsbedarfssektor umgestellt, die Gewalt aufs neue in den Händen der Zentralplaninstanz konzentriert, und der Traum von Millionen von der Mehrung des Lebensstandards war wieder einmal für eine Reihe von Jahren ausgeträumt.

Aber schließlich läßt sich das Dasein von Millionen dürftig lebender Staatsklaven, die sich unter der Fuchtel der Akkordpeitsche, des Planungs- und Ablieferungssolls im Dienst des kommunistischen Zukunftsstaats abrackern, ohne Freiheit, ohne Freizügigkeit, ohne politische Rechte, nicht auf die Dauer absichtlich und künstlich auf ein freudloses Elendniveau festschrauben. Man darf auch nicht vergessen, daß diesen Massen an Schulbildung einiges geboten und an Intelligenz einiges zugemutet wird. Es ist unabwendbar, daß sich diese Millionen fragen, wie lange denn ihre Kraft für die Erzeugung von Atombomben, von leichten und schweren Waffen, für die Besoldung eines riesenhaften Apparats von Staats- und Parteifunktionären usw. vernutzt werden soll, bis endlich der Schweiß ihrer Arbeit ihnen selbst und ihren Familien zugute kommen darf. Keine Ideologie, keine Propaganda, kein Terror, keine Vorhänge können auf die Dauer verhindern, daß sich diese elementare Frage in den Köpfen intelligenter und nach Daseinsmöglichkeiten verlangender Menschen meldet. Selbst der einzige Vorteil, den das kommunistische System, abgesehen von der Integrationskraft hoher Temperaturgrade des sozialen und politischen Lebens wenigstens den Arbeitern darzubieten vermag, nämlich ein zusageendes Betriebsklima im volkseigenen Betrieb, mit, wie es scheint, bemerkenswerter Freiheit der Diskussion und Kritik in Fragen der Betriebsleitung, dürfte, wenn er der einzige bleibt, auf die Dauer den Unmut nicht beschwichtigen. Dieser Unmut kann sich auch ohne Aufsässigkeit geltend machen und zwar in Gestalt eines Nachlassens der Arbeitsintensität. Dann wird neuerdings eine konsumorientierte Wirtschaftspolitik eingeleitet werden müssen, und das geschilderte Spiel mit allen seinen Folgen beginnt von vorne.

Auch hier gebietet uns die politische Vernunft, durch eine beharrlich auf Frieden und Entdramatisierung der politischen Atmosphäre abzielende Außenpolitik dahin zu wirken, daß für die bolschewistische Politik der Anlaß, die Investitionsgüter- und Waffenproduktion zu forcieren, zunehmend wegfällt oder an Dringlichkeit einbüßt, und damit zugleich die Nötigung, für die Hebung des Lebensstandards der breiten Massen zu sorgen, immer elementarer und unausweichlicher wird.

Der bolschewistische Staat wird dann, wenn er es nicht zu einem nicht mehr beherrschbaren Emanzipationsprozeß und einem mehr oder weniger anarchischen Zerfall seiner Ordnung

kommen lassen will, dem Gedanken nähertreten müssen, die Rückkehr zu einem freiheitlicheren Wirtschaftssystem bewußt und planmäßig einzuleiten. Was das bedeutet, welcher Ära der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Krisen

dem beklagenswerten Regime bevorsteht, wobei man noch gar nicht an die Auswirkungen auf die Satellitenstaaten zu denken braucht, kann sich jeder aufmerksame Beobachter selbst vorstellen.

Atmosphäre des Vertrauens

Auch hier sollten wir durch eine Politik unentwegten Stillhaltens versuchen, eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen, durch die sich die bolschewistische Politik ermutigt sieht, das Wagnis eines so weltbedeutsamen Kurswechsels auf sich zu nehmen. In dieser, wahrscheinlich leider fernen Phase des Geschehens wird dann allerdings besonders wichtig, welchen Erfolg die freien Staaten bis dahin mit der Lösung der sozialen Frage erzielt haben. Je vorbildhafter die Ergebnisse unserer eigenen Bemühungen sein werden, desto leichter kann sich ein von der Vergesellschaftung der Produk-

tionsmittel und der Zentralverwaltungswirtschaft herkommendes, aber durch Auflockerungen liberalisiertes ökonomisches System samt seinem politischen Überbau an die demokratische Staaten- und Wirtschaftswelt angleichen, ohne den Verzicht auf ein ehemals revolutionäres Programm von großer geschichtlicher Tradition mit einer schwer erträglichen Einbuße an Prestige oder gar mit Selbstvorwürfen erkaufen zu müssen.

Die Frage nach der Zukunft der Freiheit unter den Bedingungen des Kalten Krieges hat sich als eine schwierige und verfängliche Frage

erwiesen. Wenn ich versucht habe, eine Reihe von Problemen herauszugreifen, die sich hier andrängen, ja, wenn ich sogar gewisse Antworten und Prognosen gewagt habe, so bin ich mir klar darüber, daß sowohl die Problemstellung, als auch die Problembehandlung dieses Referats in vielen und wichtigen Punkten damit rechnen muß, von einer besser gerüsteten Kritik richtig gestellt zu werden. Ich möchte aber glauben, daß Sie alle mit mir wenigstens in einem Punkte übereinstimmen werden, nämlich darin, daß es für die Freunde der Freiheit, für die Regierungen, die Politiker und die öffentliche Meinung in den demokratischen Staaten wichtig ist, über diese Dinge nachzudenken, und vor allem wichtig, unsere Aufmerksamkeit und Zukunftssorge nicht so ausschließlich der militärischen und machtpolitischen Seite des Koexistenz-Problems zuzuwenden, die zwar gewiß wichtig genug ist, die sich aber, wie ich glaube, doch allzu ausschließlich in den Vordergrund unseres Denkens gedrängt hat.

M. R. MASANI

Asiens geistige Struktur

Mit Genehmigung des Verlages übernehmen wir aus der amerikanischen Zeitschrift „FOREIGN AFFAIRS“ (Juli 1955) den folgenden Artikel von M. R. Masani.

Ein sozialistischer Intellektueller aus einem asiatischen Land, das keinem Machtblock angehört, hat auf der im Februar dieses Jahres in Rangoon stattgefundenen Asienkonferenz für kulturelle Freiheit eine interessante Beobachtung gemacht. „Bei unseren Bemühungen, die Grenzen der kulturellen Freiheit in Asien zu erweitern“, sagte er, „haben wir bei vielen unserer Landsleute eine Schwierigkeit zu überwinden, die man am besten als ‚kolonialen Geist‘ bezeichnet. Er ist das Gegenteil des ‚imperialistischen Geistes‘ und ist ein intellektueller Katzenjammer aus der Zeit der Unterwerfung unter die eine oder andere Form der westlichen Herrschaft“.

Die entscheidende Rolle, die die Schicht der Intelligenz in den unterentwickelten Ländern Asiens spielt, wird in den Vereinigten Staaten und selbst in Europa nicht immer entsprechend gewürdigt. Die herrschende Klasse in jenen Ländern ist weder die landbegüterte Aristokratie noch sind es die Kapitalisten, sondern eine ausgesprochen städtische, gebildete Schicht. Das ist die Klasse, die die öffentliche Meinung formt und Regierungen macht und stürzt. Da die große Masse des Volkes sich nicht an der „öffentlichen Meinungsbildung“ beteiligt, besonders nicht auf dem Gebiete der Außenpolitik, kommt den Menschen, die Zeitungen

schreiben und lesen, eine entscheidende Bedeutung zu, die gar nicht im Verhältnis zu ihrer zahlenmäßigen und wirtschaftlichen Stärke steht.

Was ist nun das Wesen dieses „kolonialen Geistes“, der in jenen Kreisen zu Hause ist? Charakteristisch für einen Menschen dieser geistigen Haltung sind Loyalität und Ernsthaftigkeit. Messianischer Eifer beseelt ihn, die Welt zu reformieren. Die Unzufriedenheit mit dem status quo verleitet nur einige wenige zur Annahme der kommunistischen Lehre. Der typische asiatische Intellektuelle ist keineswegs ein Kommunist. Da er gerne liberal, freundlich, religiös sein und gewissermaßen auch gemächlich leben möchte, stößt ihn die Intoleranz des Kommunismus, seine brutale Unterdrückung der Opposition, die Ausrottung der Religion und die erbarmungslose Ausnutzung der Menschen ab.

Aber da viele von uns sich in dem Glauben wiegen, die unerfreulichen sozialen und wirtschaftlichen Zustände unserer Länder könnten über Nacht geändert werden, schauen wir nach einem Allheilmittel aus. Berichte über den „Erfolg“ des sowjetischen Fünfjahresplanes und über die „Leistungen“ des sowjetischen Systems lassen uns schnell eine Antwort finden. Warum soll nicht auch unser eigenes Land den gleichen

schnellen Weg zur Erlangung von Macht und Wohlstand einschlagen, fragen wir uns? Untersuchungen, die beweisen, daß der Reallohn des sowjetischen Arbeiters, egal ob in der Fabrik oder auf der Kolchosa, heute nach allem nicht höher sein dürfte als 1913, sind uns unbekannt, und wir tun sie gerne als Propaganda ab. In jedem Falle wäre es falsch zu glauben, daß die meisten von uns die nationalen Leistungen am Maß persönlicher Zufriedenheit oder Bequemlichkeit messen würden. Macht und Stärke des Staates sind für uns der wichtigste Maßstab. Die Söhne Asiens, die über den Sieg Japans über das zaristische Rußland gejauchzt haben, feiern ebenfalls die militärischen und diplomatischen Erfolge des kommunistischen Chinas über die Amerikaner in Korea und über die Franzosen in Indochina.

Abgesehen von unserem Beifall für die Politik Malenkows — solange sie dauerte — „der Politik, die fehlschlug“, überkommt uns angesichts der Brutalität des kommunistischen Systems doch irgendwie ein unbehagliches Gefühl. „Man kann eben kein Omelett machen, ohne nicht die Eier zu zerschlagen“, denken wir dann. Auf jeden Fall kann hier so etwas nicht vorkommen. Wir haben eine andere geistige Tradition und andere Lebensformen als die Russen, die schließlich immer den Zar und die

Knute gewohnt waren. Wir sollten deshalb die sowjetischen Pläne kopieren, ohne die Blutbäder und die Schrecken der Geheimpolizei zu übernehmen.

Gegenüber dem kommunistischen China machen wir jedoch keine Vorbehalte. „Ah“, sagen wir, „China ist etwas anderes!“ Die überwältigende Mehrheit des chinesischen Volkes soll hinter der kommunistischen Regierung stehen. Eine Landreform ist in die Wege geleitet, die Korruption ist ausgerottet worden. Man sieht keine Prostituierten mehr. Die Züge verkehren pünktlich. Zum erstenmal in seiner Geschichte besitzt das chinesische Volk eine saubere und leistungsfähige Regierung. Noch wichtiger, das chinesische Volk ist geeinigt; noch viel wichtiger, das chinesische Volk hat dem weißen Mann die Tür gewiesen. Wir sind auch von der Friedensliebe der chinesischen kommunistischen Führer überzeugt. Hat Tschu En-lai in Delhi, in Rangoon und in Bandung nicht immer wieder bestätigt, daß er an den fünf Grundsätzen der Koexistenz festhält? Die chinesischen Kommunisten haben in Korea nur deshalb gekämpft, weil die Amerikaner und ihr „reaktionärer“ Verbündeter, Syngman Rhee, die chinesische Grenze bedroht haben, indem sie trotz mehrfacher Warnung über den 38. Breitengrad hinaus nach Norden marschieren sind. Wenn sie heute mit Kampf in Formosa drohen, dann doch nur, weil Formosa schließlich zu China gehört — Roosevelt, Churchill und Stalin waren wenigstens im zweiten Weltkrieg dieser Ansicht. Es muß hier vielleicht eingeräumt werden, daß viele von uns gar kein tiefes Friedensbedürfnis haben. Südasiens zum Beispiel hat seit Menschengedenken keinen Krieg mehr gehabt. Die Schrecken des Krieges und die Schönheiten des Friedens sind daher im Grunde nur abstrakte Begriffe. Aber die Friedensfrage wie die Rassenfrage bieten die Möglichkeit, uns den westlichen Völkern beim Vergleich unserer Ideale und ihrer Praktiken moralisch überlegen zu fühlen.

Die Unterdrückung der Farbigen in Südafrika ist ein immer wiederkehrendes Thema, das wir niemals vergessen können. Und warum sollten wir auch? Wenn wir an den unerträglichen Anspruch auf die Überlegenheit und Vorherrschaft der Weißen denken, was können wir dafür, wenn wir dann an die Leiden der Neger in den Vereinigten Staaten denken? Erzählungen über ihre Diskriminierung in den Südstaaten bringen unser Blut zum Kochen, und der Anspruch der Vereinigten Staaten auf die Führung der Demokratien wird dadurch automatisch entwertet.

Noch immer zieht Senator McCarthy die Aufmerksamkeit auf sich. Der Beitrag, den der Senator von Wisconsin zum Anti-Amerikanismus geleistet hat, kann gar nicht überschätzt werden. Seinen leergewordenen Platz in den Schlagzeilen hat schnell der kriegslüsterne John Foster Dulles eingenommen, der, wenn man den Berichten einiger unserer Zeitungen Glauben schenken kann, in jedem Augenblick bereit ist, ganz Asien mit Wasserstoffbomben zu überziehen. Rüstungsgespräche und Bemühungen, ein kollektives Sicherheitsnetz in Südostasien

oder im Mittleren Osten aufzubauen, scheinen nur den Krieg näherzubringen. Sie widersprechen dem Instinkt der Asiaten, lieber die Zeit am Abbau der Spannungen arbeiten zu lassen, als das Problem anzupacken. Warum soll man den kommunistischen Führern nicht vertrauen, daß sie Freundschaft erwidern und die Atomwaffen über Bord werfen können?

Die Forderung nach Vertrauen in die Kommunisten wirft sofort die Frage der Koexistenz auf. Wir Asiaten haben den Eindruck, daß Rußland und China der Forderung nach Koexistenz entsprechen, während die verrückten Amerikaner sich weigern, sie anzuerkennen. Man übersieht, daß das kommunistische Dogma schon die Möglichkeit einer Koexistenz nicht zuläßt und daß die seit 1954 gemachten bitteren Erfahrungen die Sprecher der Demokratien davon abhalten, dreimal hoch zu rufen, wenn nur das Wort fällt. Wenn es gelegentlich fällt, wird es mit einem Achselzucken abgetan, ungefähr wie „eine Plage für beide Teile“.

Nach Ansicht der meisten Asiaten ist die Welt in zwei Machtblöcke geteilt, die sich um

einige friedliebende Nationen gruppieren. Wir glauben, daß die von dieser dritten Kraft ausgehenden Bemühungen das meiste dazu beitragen, die beiden bewaffneten Riesen vom dritten Weltkrieg abzuhalten. Viele unserer Ideen beruhen auf dieser These vom „Zweimächteblock“; sie gibt uns erst die Möglichkeit an die Hand, die totale Unterdrückung der Freiheit in Rußland und China dem noch immer bestehenden Kolonialismus einiger Westmächte und der Rassendiskriminierung in Afrika und in den Vereinigten Staaten gleichzusetzen.

Nachdem beide Seiten für schuldig befunden worden sind, finden wir es nicht schwierig, der von dem indischen sozialistischen Führer, Dr. Rammanohar Lohia, gepredigten Theorie der Distanzierung von beiden Machtblöcken zu folgen. Dr. Lohia fordert „eine geistige Haltung, die sich sowohl vom atlantischen als auch vom sowjetischen Lager, vom Kapitalismus als auch vom Kommunismus vollkommen distanziert. Die Bevorzugung einer Seite würde uns beim Kampfe gegen die andere nur schwächen und uns hindern, einen eigenen Weg zu gehen“.

Die Idee der Koexistenz wächst

Wir sehen, wie sich die Idee der staatlichen Neutralität zur Idee des intellektuellen Neutralismus ausweitet und wie die Idee der Koexistenz wächst und die geistige und kulturelle Welt umfaßt. Am Morgen vor der Eröffnung der asiatischen Konferenz für kulturelle Freiheit fragte die New Times, eine in Rangoon erscheinende Tageszeitung, nach einem Hinweis auf die Fünf Grundsätze in einem Leitartikel: „Warum können die demokratischen und kommunistischen Kulturen nicht nebeneinander existieren? Muß denn die eine immer versuchen, die andere zu verdrängen und sich an ihre Stelle setzen?“

Allen diesen Gedanken liegt die Überzeugung zugrunde, daß es so etwas wie eine gemeinsame geistige Haltung der Intelligenz aller asiatischen Länder gibt. Nun ist dieser Gedanke von mehr als nur einer Seite bestritten worden. Daß es wenig Gemeinsames gibt in der geistigen Haltung des indischen Bauern und des japanischen Farmers und in der Denkweise eines Fabrikarbeiters in Lahore und seines Kollegen in Hongkong oder Manila darf wohl sofort zugegeben werden. Selbst in der Intelligenzschicht besteht vermutlich die Gefahr, in besonders stereotypen Begriffen zu denken. Ein kluger Beobachter der Rangooner Konferenz wie Philip Deane schrieb über sie, daß „die Delegierten der verschiedenen Länder oft die gleichen Worte gebrauchten, aber verschiedene Dinge meinten, keinen gemeinsamen geistigen Rahmen besaßen, keine gemeinsamen Erfahrungen, von denen sie ausgehen können, oder selbst nicht einmal ein gemeinsames geschichtliches Bewußtsein.“

Wie die Sitzungsberichte der kürzlich abgehaltenen asiatisch-afrikanischen Konferenz in

Bandung dramatisch enthüllt haben, können die Meinungsverschiedenheiten zwischen den europäischen Ländern kaum größer sein als die zwischen den asiatischen. Es gibt sehr wenig Gemeinsames zwischen den libanesischen, iranischen, irakischen, philippinischen, pakistanischen, ceylonischen, thaischen, nationalchinesischen oder koreanischen Ansichten und dem vorherrschenden Standpunkt in Syrien, Indonesien, Burma oder Indien. Es ist damit bewiesen worden, daß es keine spezielle geistige Richtung gibt, die den Anspruch erheben kann, für Asien zu sprechen. Innerhalb eines jeden Landes gibt es viele verschiedene Ansichten und Tausende, deren Meinung von der vorherrschenden Tendenz abweicht. Eine lautstarke Minderheit kann manchmal den irreführenden Eindruck der Homogenität hervorrufen. Professor Takeyama Michio von der Tokioer Universität schreibt: „Nehmen wir an, wir hätten 50 Professoren, von denen vielleicht 5 Prozent sentimental sind. Ebenfalls 5 Prozent schreiben und veröffentlichen ihre Gedanken. Entscheidend ist, daß es sich um genau die gleichen 5 Prozent in beiden Fällen handelt, so daß der Eindruck entsteht, 100 Prozent der Professoren seien sentimental. Die Tatsachen aber verhalten sich natürlich ganz anders; aber die übrigen 95 Prozent bleiben stumm“. Wenn man die Dinge jedoch richtig betrachtet, bleibt einem großen und einflußreichen Teil der Intelligenz des asiatischen Stammes, besonders aber in den Ländern die keinem Machtblock angehören, noch genügend Gemeinsames an historischer Erfahrung, an Gefühl und im geistigen Bereich, so daß der Versuch einer Analyse und eines Verstehens der „kolonialen“ Geisteshaltung lohnend erscheint.

Größe und Vielfalt der sozialwirtschaftlichen Probleme

Wie kommt es, daß eine Gruppe von Menschen, von denen viele die gleiche Erziehung wie ihre entsprechenden Zeitgenossen in Europa und Amerika erhalten haben, so ein spezifisches Gedankengut entwickeln? Welche psychologischen und emotionellen Begründungen gibt es für die Bildung der stereotypen Ansichten und welche Triebkräfte liegen ihnen eigentlich zugrunde, von denen diese spezifischen Vorurteile ja nur die sichtbaren Zeichen sind?

Sehen wir uns zuerst die Umgebung an, in der sich der asiatische Intellektuelle dieser Prägung befindet. Sein Land hat erst kürzlich die nationale Unabhängigkeit erlangt. Nach dem Rückzug der westlichen Macht sah sich die neue regierende Schicht jedoch ungeheueren wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Problemen gegenüber. Das allgemeine Bild ist eine stagnierende Wirtschaft: Die Landwirtschaft mit niedriger Ertragsleistung wird in ihrer Entwicklung durch die Reste des Großgrundbesitzertums gehemmt; die Industrie hat von sich aus nicht die Kraft, dem Prozeß der Industrialisierung zum Durchbruch zu verhelfen; auf der einen Seite ein außerordentlich niedriges nationales Einkommen, auf der anderen Seite eine nur zu oft rasch anwachsende Bevölkerung. Sozial gesehen gibt es eine vorwiegend analphabetische Bevölkerung, die noch tief in Unkenntnis und Aberglauben befangen ist und geringe physische Vitalität und geringe soziale Beweglichkeit aufweist.

Der nationale Stolz fordert, wenn es auch nicht mit dem Wohlstande der Vereinigten

Staaten oder Kanadas, so doch wenigstens mit dem Wohlstande Frankreichs oder Italiens aufzunehmen. Doch ist die neue regierende Schicht für die vor ihr liegenden Aufgaben schlecht ausgerüstet. Die meisten von ihnen haben alte Sprachen und Literatur studiert, und so fehlt es ihnen sowohl an den notwendigen organisatorischen wie technischen Fähigkeiten, um den Prozeß der wirtschaftlichen und sozialen Modernisierung durchzuführen, der für den Aufbau eines Nationalstaates im 20. Jahrhundert offensichtlich notwendig ist.

„Die Erlangung der nationalen Unabhängigkeit“, schreibt Professor G. D. Parikh aus Bombay, „zwingt Millionen von Asiaten über Nacht, sich mit den Realitäten auseinanderzusetzen, sie verlangt von ihnen eine tiefgehende und weitreichende Anpassung ihres Standpunktes und ihrer Handlungen. Ihr durch die Fremdherrschaft gestörtes Gleichgewicht scheint sie zu hindern, der Welt auf gleicher Ebene gegenüberzutreten. Es ist daher kein Wunder, daß der Asiate nach Erlangung der Unabhängigkeit und somit auch der Verantwortung für die Gestaltung seiner eigenen Zukunft oft die Realitäten der gegenwärtigen Situation und die in ihr beschlossenen tiefreichenden kulturellen und moralischen Probleme augenscheinlich nicht zu erkennen vermochte. Schwach, schutzlos und bedroht bittet er um Toleranz und Verständnis für die drohenden Gefahren. Arm, halbverhungert und leidend betrachtet er diejenigen, die ihm helfen wollen, mit Mißtrauen“.

„Asien lebt gleichzeitig in dreißig Jahrhunderten“

Vielleicht noch alarmierender als die Größe und Vielfalt der sozialwirtschaftlichen Probleme der Gebiete ist die geistige und kulturelle Verfassung der asiatischen Intelligenz. Oftmals Erbe einer alten und edlen kulturellen und geistigen Tradition ist dem asiatischen Intellektuellen dank jahrhundertelanger Erosion und Stagnation als Vermächtnis vor allem Fatalismus, Passivität und Autoritätsbejahung geblieben. In vielen Fällen bewegen sich die überkommenen Ansichten somit in feudalen, in Kasten-gebundenen oder hierarchischen Bahnen. Es besteht die Neigung, entweder ein guter Sklave oder ein guter Sklavenantreiber zu sein. Auch findet der Asiat den jungen historischen Hintergrund abstoßend und nicht beflügelnd. Der Zusammenklang von dekadenter alter Zivilisation und den Trümmern einer Fremdherrschaft gibt eine armselige Grundlage für einen Aufbau ab.

Zweifelsohne gibt es Post und Telegraph, Eisenbahnen, Flugzeuge und viele der Errungenschaften moderner Zivilisation. Aber sie wurden von der westlichen herrschenden Macht im vergangenen Jahrhundert oder später ins Land gebracht, und die physische Anpassung erfolgte auf rein mechanische Weise und ließ Geist und

Seele der großen Masse des Volkes unberührt. „Unsere poetischen inneren Verbrennungsmaschinen“, jammert ein Autor, „schnaufen und keuchen und müssen vorwärts gestoßen werden“. Die grundlegende innere Anpassung, die die verschiedenen Epochen der industriellen Revolution in den Ländern Westeuropas und Nordamerikas begleitete, hat hier nicht stattgefunden. Das gleiche kann von den Formen und Methoden der parlamentarischen Demokratie gesagt werden. Zwar ist sie nach hier verpflanzt worden, aber gedeiht sie auch? Takdir Alisjahbana, ein führender indonesischer Schriftsteller, umreißt die Situation mit folgenden Worten:

„Asien lebt gleichzeitig in 30 Jahrhunderten. Das Steinzeitalter läuft parallel mit dem Maschinenzeitalter, dem Feudalismus und Mystizismus des Mittelalters gemischt mit Demokratie und Rationalismus der neuen Zeit, und neben den gegenwärtigen Wirtschaftsplänen läuft noch eine kommunale Selbstverwaltung. Der Dualismus dieser Situation hat die Lage der asiatischen Intellektuellen so schwierig gemacht... Wenn wir außerdem berücksichtigen, daß sich der asiatische Intellektuelle der Krise völlig bewußt ist, in der sich die moderne Welt

befindet, daß ihre Werte von einer Woge des Säkularismus, Skeptizismus und Relativismus bedroht ist, dann wissen wir, warum er zwischen zwei Krisen schwankt: Der Krise der asiatischen Gemeinschaft und Kultur als Folge der weder in seiner Umgebung noch in seiner eigenen Seele beendeten Auseinandersetzung mit dem Westen, und die andere größere Krise, die Krise des modernen Menschen, die die ganze Menschheit ergriffen hat.“

Es ist wohl notwendig, kurz die Folgen der westlichen Erziehung gegen den asiatischen Hintergrund zu betrachten, um zu verstehen, warum die vom Westen erzogene Mittelklasse, die erfolgreich den Kampf für die nationale Unabhängigkeit geführt hat, sich selbst so schlecht gerüstet findet, die Probleme nach der Machtübernahme anzupacken.

Die Tatsache, daß die dem westlichen Erziehungssystem zugrunde liegende Psychologie von der Lebensanschauung der im asiatischen Raum lebenden Völker ganz verschieden ist, beantwortet die Frage schon teilweise. Die heimatischen Lebensphilosophien wurden zu einer Zeit entwickelt, „als die Menschen sozusagen noch in der Wiege der Natur schaukelten“, und sie hielten vielfach die vollendete Harmonie mit der Natur, die, wie man nicht vergessen darf, in diesem Gebiet dem Menschen gegenüber üppig und verschwenderisch ist, für das Ziel der Zivilisation. Das kältere und weniger freigiebige Klima Nordeuropas und Nordamerikas läßt die Menschen die Natur als etwas betrachten, das man erobern und nutzbar machen muß. Wenn beide Lebensanschauungen sich begegnen und aufeinanderstoßen, dann wird die fremde Lebensauffassung durch das Zusammenwirken der physischen und psychologischen Faktoren den Sieg erringen. Die Entwicklung der maschinellen Produktion hatte die soziale Struktur schon bis in die Grundfesten erschüttert. Die westliche Erziehung verlagerte den Ansturm von der physischen auf die geistige Ebene und entkleidete die religiösen, rituellen und sozialen Konventionen ihres Sinnes. Ein Abgrund trennt jetzt die gebildete städtische Minorität von der bäuerlichen Masse, die beide „nicht nur verschiedene Gedanken denken und verschiedene Sprachen sprechen, sondern einander mit merkwürdiger Verständnislosigkeit betrachten“.

Diese Entfremdung, mit der keine eigentliche Integration in den Kreis der kosmopolitischen Intellektuellen parallel gelaufen ist, hatte unter anderem zur Folge, daß, wie Dr. Charles Malik es ausgedrückt hat, „Asien an chronischen Verneinungen leidet“. Gespaltene Persönlichkeiten sind eine weitere Folge, worüber viele Beobachter berichtet haben. Im Grunde verwerfen wir, was wir selbst tun. Wir verwerfen „die materiellen Werte“ des Westens, aber wir genießen entzückt in unserem persönlichen Bereich die Annehmlichkeiten, die Maschinen und Errungenschaften, die der Westen hervorgebracht hat. Wir bestehen auf unserem eigenen persönlichen Recht, unseren Standpunkt ohne die geringsten Hemmungen zu vertreten, aber verspotten mit Lust das Freiheitsgerede inmitten der Armut.

Die Trennung der Intelligenz vom gemeinen Volk schließt sie zu einer Masse in sich zusammen. Ihre Anhänger zeigen sich nicht weniger unzugänglich als die ungebildete Masse. Daher das Fehlen individueller Eigenarten, die einen so wichtigen Teil des intellektuellen Lebens der westlichen Länder bilden, und die Neigung, anstelle eines starken Nationalgefühls emotionelle Reaktionen treten zu lassen.

Das Fehlen einer geistigen Kontinuität und Harmonie führt zu einer Einbuße an religiösen Werten und zu einem kulturellen Vakuum, was Dr. Sampurnanand, der gebildete und gelehrte Ministerpräsident der Provinz Uttar Pradesh der Vereinigten Staaten Indiens, gut beschrieben hat:

„Schuld an dem Unbehagen der indischen Intellektuellen hat nach meiner Ansicht in erster Linie das Gefühl der großen Unsicherheit und Unbeständigkeit. Die politische Unabhängigkeit ist zu einer Zeit erworben worden, als Kommunismus und Demokratie sich zu einem großangelegten Vernichtungskampf rüsteten. Zwischen den beiden Machtbereichen gibt es eine Anzahl sich bekämpfender Gruppen, die einer unübersehbaren Vielfalt rosaroter Lehren anhängen. Indien ist als eines der wichtigsten Schlachtfelder für diese Ideologien und deren Verfechter ausersehen worden. Die Erziehungsweise der derzeitigen Führer reiht den jungen

Inder unter die Protagonisten der Demokratie ein, aber die Verlockungen des Kommunismus sind nicht weniger stark. Jeden Tag wird er mit Berichten über die Leistungen der kommunistischen Länder überschüttet. Indien sendet häufig good-will-Missionen aus. Sie setzen sich im allgemeinen entweder aus farblosen Persönlichkeiten oder aus Personen zusammen, die ihre Lebensaufgabe darin sehen, Indien herunterzumachen und seine kommunistischen Nachbarn zu preisen. Kein Wunder, daß sich der junge Inder in steigendem Maße zum Kommunismus hingezogen fühlt. Doch kann er andererseits seine Schwäche für die Demokratie nicht überwinden.“

Und Dr. Sampurnanand fährt fort:

„Unsere Last erscheint uns deshalb so schwer, weil unsere geistige Ausrüstung nicht ausreicht. Wir haben keinen Glauben und keinen Glaubensinhalt. Mit Anbruch der neuen sozialen und wirtschaftlichen Struktur haben die alten Werte ihren Einfluß verloren und sind bisher noch durch keine neuen ersetzt worden. Die Religion ist zu einem Mummenschanz geworden, und alte Traditionen, die die vieltausendjährige Geschichte des Volkes ins Gedächtnis zurückrufen und seine Hoffnungen und Ziele, seine Ideale und Erfahrungen verkörpern, werden mit einem verächtlichen Achselzucken beiseite geschoben. Geistige Leere ist fast zum Merkmal intellektueller Überlegenheit geworden.“

Private Version des Kommunismus

Angesichts der bedrückenden sozialen und wirtschaftlichen Rückständigkeit infolge des Mangels an wichtigen Hilfsquellen und gelerten Arbeitern schauen wir uns nach Methoden um, die unser Land über Nacht sozusagen an den eigenen Haaren aus dem Sumpf ziehen und in stand setzen, den Ländern des Westens auf gleichem Fuß mit Selbstachtung gegenüberzutreten, da es unser Nationalstolz nicht zuläßt, die Hilfe der besser gestellten Länder anzunehmen. Sehr oft sind wir über die Entwicklung in unserem eigenen Land nicht ausreichend unterrichtet, aber wir hören sehr viel darüber, was Rußland und China bisher geleistet haben sollen. Ein kluger Beobachter hat gesagt, wir alle seien oft die Opfer „unserer eigenen mangelhaften Unterrichtung und der offenkundig unlauteren Reklame der von den Kommunisten beherrschten Wirtschaft“. Wenn wir von den Leistungen in der Sowjetunion und im kommunistischen China hören, ist es dann verwunderlich, wenn wir diese Behauptungen für wahr halten und wir angesichts der Traditionslosigkeit unserer individuellen Freiheit und Demokratie nicht viel dabei finden, wenn sich im Verlaufe wirtschaftliche Planung und Ausrichtung als notwendig erwiesen, die die persönliche Freiheit vorübergehend – so hoffen wir jedenfalls – einschränken?

Abgesehen davon haben viele von uns eine „private Version des Kommunismus“, die wir schönen Idealen, wie Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gleichsetzen. Die Brücke zwischen „dieser privaten und der russischen Version“,

wurde treffend bemerkt, „wird durch eine Verwirrung der Begriffsbedeutung geschlagen, und wir laufen gerade in die kommunistische Falle“. Das erklärt auch das Schuldgefühl bei einer Opposition gegen den Kommunismus.

Es ist verständlich, daß wir, der britischen oder holländischen Herrschaft ledig, denen wir die Schuld an unseren Schwierigkeiten geben konnten, uns nun nach einem anderen Prügelknaben außerhalb unseres Landes umschauen, der die Stelle unserer alten Herren einnimmt. Die Erinnerung an die vergangene politische Unterjochung und unsere Empörung über den fortgesetzten Anspruch auf den Vorrang der weißen Rasse machen die Vereinigten Staaten, das derzeitige Symbol der weißen Vorherrschaft, zum handgreiflichen Ziel unseres rechtschaffenen Ärgers. Durch eine sonderbare Verdrehung der Tatsachen fällt der „Große Russe“, der auch

„Verstehen heißt eine Brücke schlagen“

Neuerdings machten sich in Europa und Amerika nicht nur Anzeichen von Ungeduld und Ärger, sondern auch Erbitterung, Hilflosigkeit und Pessimismus bemerkbar über die sogenannten „astigmatischen Zweideutigkeiten“ und den unglaublich komplexen Wirrwarr an Ansichten. Augenscheinlich haben manche den Eindruck, daß der asiatische Intellektuelle ein einzigartiges Phänomen ist, als Mensch liebenswert, als Freund angenehm, aber hoffnungslos verwirrt im geistigen Bereich und so neurotisch in seinen ideologischen Ansichten, daß ein

ein Weißer ist, nicht unter diese verhaßte Kategorie, nämlich deshalb, weil uns Rußland als große eurasische Macht dargestellt wird. Die unglückliche Verwendung der Begriffe „Ost“ und „West“ durch die englischen und amerikanischen Staatsmänner und Leitartikel trägt nur dazu bei, diesen Eindruck zu festigen.

Es entwickelt sich ein politischer und wirtschaftlicher Nationalismus. Nach Ansicht von Professor Chiro Zengo von der Universität Tokio ist dies „ein Zeichen mangelnden Selbstvertrauens in die eigene Fähigkeit, seine Unabhängigkeit zu bewahren, und befindet sich im Widerspruch zur allgemeinen Tendenz in der Welt nach internationaler Zusammenarbeit“. Mahatma Gandhi hat sich oft über die „Sklavenmentalität“ einer großen Anzahl seiner Landsleute beklagt und gemeint, wenn sie nur wie er sich frei fühlen würden, sie auch frei sein würden. Unglücklicherweise lebt die „Sklavenmentalität“ fort und manifestiert sich jetzt im „kolonialen Geist“. Man könnte fragen, warum dieser Nationalismus nicht mit gleicher Gewalt auf den Zusammenprall mit Rußland reagiert. Warum diese feinen Unterschiede? Darauf ist zu erwidern, daß man von der eigenen inneren Stärke nicht überzeugt ist und daher aus Gründen der Vorsicht dem mächtigen kommunistischen Nachbarn gegenüber eine Politik der Beschwichtigung (appeasement) vorzieht. Professor Takeyama Michio von der Universität Tokio schreibt über dieses Phänomen in bezug auf seine eigenen Landsleute:

„Seit wir jetzt Redefreiheit in Japan haben, ist Anti-Amerikanismus allgemeine Mode. Er ist völlig ungefährlich, weil uns Amerika bei alledem doch nicht bestrafen wird. Und abgesehen davon gilt es als schick, sich der Obrigkeit zu widersetzen, was einem außerdem zu einer schmeichelhaften heroischen Gloriole verhilft. Wenn die Kommunisten zur Macht kommen sollten, riskiert man, gehängt zu werden, wenn man Anti-Kommunist ist. Außerdem gilt es als ‚reaktionär‘, ein Wort, das Intellektuelle sofort in die Flucht schlägt. So kann sich der Anti-Amerikanismus voll austoben, der Anti-Kommunismus aber nicht. Es ist daher nicht überraschend, wenn die Leute sich für den ‚heroischen‘ und allgemein üblichen Standpunkt entscheiden, der überhaupt keine Gefahr birgt, und dann versuchen, sich selbst von der Richtigkeit ihrer Ansicht zu überzeugen.“

normaler Abendländer voller Verzweiflung den Versuch aufgeben muß, ihn zu verstehen.

Tatsächlich sind aber die von asiatischen Intellektuellen geäußerten Ansichten weder besonders originell noch mystisch orientalistisch. Ein großer Teil der rationellen Überlegungen, wenn nicht die Inspiration selbst, stammen aus dem Westen. Eine ganze Generation asiatischer Intellektueller hat sich in den dreißiger Jahren an der vom „Left Book Club“ veröffentlichten Literatur gebildet und viele von ihnen sind stark beeinflusst worden von dem, was Louis

Fischer¹⁾ klug „Laskiology“²⁾ genannt hat. Der doppelte Maßstab für die Moral, eine strenge gegenüber den Demokraten, eine milde gegenüber dem Kommunismus; die Hinnahme des sowjetischen Mythos und die Unfähigkeit, die wahre Natur des sowjetischen Imperialismus zu erkennen — das sind keine Erfindungen des Ostens. All das wurde in den dreißiger Jahren in Europa und in den Vereinigten Staaten während der Roosevelt-Ära allgemein gepredigt und praktiziert. Selbst heute noch gibt es kleine aber vernehmbare Gruppen Intellektueller in New York und London, die in genau den gleichen Bahnen denken. Und sind es in diesen Ländern wirklich nur kleine und unrepräsentative Gruppen, die sich dieser geistigen Verwandtschaft rühmen? Trifft nicht ein großer Teil der bisher in diesem Artikel versuchten Beschreibung selbst heute noch auf beträchtliche Teile der gebildeten Schicht in Frankreich, England und in den Vereinigten Staaten zu? „Noch viele Menschen im Westen“, schreibt der Economist nicht unberechtigt, „scheinen weniger klar zu sehen als die Wähler der indischen Provinz Andhra“.

Als die Antwort auf die Klage, die Indonesier, Burmesen und Inder weigerten sich, die Bedeutung der Verteidigung Südvietsams oder Formosas für ihre eigene Sicherheit einzusehen, darf darauf hingewiesen werden, daß nicht allein nur sie zu der Ansicht neigen, angesichts totalitärer Aggression würden kollektive Sicherheitsmaßnahmen die Kriegsgefahr erhöhen. Viele Franzosen und Engländer und nicht wenige Amerikaner teilen diese Vorurteile. Wenn darüber geklagt wird (wie z. B. ein Autor im Juliheft 1954 von FOREIGN AFFAIRS), die „asiatische Neutralitätskonzeption überschreite manchmal das normale Begriffsvermögen“, sollte man dann nicht lieber forschen, ob das Mysterium nicht doch tiefer liegt, wenn es sogar gute Angelsachsen gibt, die in den gleichen intellektuellen Gedankengängen schwelgen?

Der wirkliche Unterschied zwischen dem intellektuellen Klima im Westen und in Asien besteht darin, daß in Asien eine viel größere und einflußreichere Gruppe der Intelligenzschicht weiterhin an den Begriffsverwirrungen und Illusionen festhält, die von den denkenden Menschen auf beiden Seiten des atlantischen Ozeans bereits überwunden worden sind. Es ist hier der Versuch unternommen worden zu erklären, warum es so ist. Die gleichen Faktoren, die das Begriffsklima in Europa und Amerika verändert haben, könnten zu einer ähnlichen Veränderung in Asien führen, wenn auch der Prozeß auf Grund der verworrenen Lage viel langsamer ablaufen und Gefahren bergen dürfte.

Selbst heute ist die Stimme der Vernunft, die sich gegen die Flut der Emotionen und gegen den Antagonismus erhebt, keineswegs ver-

stummt. Auf dem Treffer asiatischer Sozialisten widerlegte Dr. Kyar Nyein, ein burmesischer Minister, Dr. Lohias Theorie von der „gleichen Entfernung“ (von Demokratie und Kommunismus) und behauptete vom kommunistischen Imperialismus, er sei noch erniedrigender und gefährlicher (als der alte Imperialismus), weil er grausamer und systematischer sei und weil die kommunistische Weltrevolution als dreiste Rechtfertigung diene. Der Ministerpräsident von Ceylon, Sir John Kotelawala, wiederholte in Bandung kräftig die Warnung vor dem „sowjetischen Imperialismus“.

Asoka Mehta, ein sozialistisches Mitglied des indischen Parlamentes, hat kürzlich in bezug auf Formosa gefragt: „Warum widerstrebt es wohl Nicht-Kommunisten, Menschen in ein kommunistisches Regime hineinzutreiben?“ und geantwortet:

„Sollten sie nicht (die Einwohner Formosas) als freies Volk die Möglichkeit haben, selbst über ihre Zukunft zu entscheiden? Als den Kriegsgefangenen in Korea die Chance der eigenen Entscheidungsfreiheit gegeben wurde, mußten wir feststellen, daß Tausende von Koreanern und Chinesen die Demokratie dem Kommunismus vorzogen. Freundschaft mit China sollte ein wichtiges Anliegen unserer Außenpolitik sein, aber sie darf uns nicht von allen unseren Grundsätzen lösen und uns zur

Annahme einer Lösung verleiten, die wir zur Klärung unserer eigenen Streitfragen mit anderen Mächten selbst nicht anerkannt haben.“

A. D. Gorwalla, ein ehemaliges Mitglied der Indischen Zivilverwaltung, ein ausgezeichneter Verwaltungsfachmann und einer der führenden Kommentatoren Indiens, schrieb kürzlich zu dem gleichen Thema:

„Nehmen wir einmal an, die kommunistische Partei würde in Indien die Macht ergreifen und ihr Regiment im Lande festigen. Nehmen wir weiter an, Pandit Nehru könnte, nachdem er im Rahmen des Möglichen Widerstand geleistet hat, mit einigen treuen Mitgliedern des Kongresses, der Obersten Heeresleitung und seiner Regierung in Begleitung von ungefähr 100 000 Soldaten auf die Andamanen-Inseln entkommen. Nehmen wir außerdem an, daß dann die Engländer, die für die Verteidigung von Ceylon verantwortlich sind und eine Flottenbasis in Trincomalee besitzen, erklären, sie würden der neuen kommunistischen Regierung Indiens nicht erlauben, die Andamanen-Inseln zu erobern. Wenn sie dann ihre Flotte anweisen würden, alle Angriffe kommunistischer Streitkräfte abzuweisen, und wenn sie gleichzeitig ihrem alten Freund Pandit Nehru und seinen Freunden helfen würden durchzuhalten, würden dann diejenigen, die die amerikanische Politik (gegenüber Formosa) verurteilen, auch sehr empört sein?“

Wirtschaftliche Hilfe, ein Akt menschlicher Solidarität

„Wir sind alle über die zwischen Indien und den Vereinigten Staaten bestehenden Mißverständnisse betrübt. Was könnte nach Ihrer Ansicht getan werden, um die Lage zu bessern?“ fragt in einem Briefe angstvoll ein guter Freund aus den Vereinigten Staaten. „Welche Hilfe können Amerikaner und die europäischen Länder gewähren?“

Es handelt sich bestimmt nicht darum, ein Abkommen zwischen den Ländern Asiens auf der einen Seite und den Ländern Europas und Amerikas auf der anderen Seite über ihren unmittelbar tätigen Anteil am Weltgeschehen zu schließen. Wichtig ist es, in allen diesen Ländern das Gefühl für die Zugehörigkeit zur freien Welt und für ihre Verankerung in der Gemeinschaft freier Menschen in einer Form und in einem Ausmaß zu wecken, wie es zu den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang niemals möglich ist.

„Verstehen heißt eine Brücke schlagen“, hat Leonardo da Vinci vor langer Zeit gesagt. Eine Aussprache zwischen Freunden kann nur auf der Basis gegenseitiger Achtung und Rücksichtnahme erfolgen. In einem solchen Meinungsaustausch haben Schmeicheleien ebenso wenig Platz wie Schmähungen. Notwendig ist Geduld, verbunden mit einer eigenen festen Überzeugung.

Zwei Schlußfolgerungen sind aus der vorliegenden Analyse zu ziehen. Erstens, das betreffende Volk selbst muß mit der Hauptlast der Probleme fertig werden, und die westliche

Hilfe kann nur eine sekundäre Rolle spielen. Zweitens, es muß nicht nur eine materielle, sondern auch eine Lösung im geistigen und emotionellen Bereich angestrebt werden.

„Solange der Westen die Seelen der Millionen Asiaten nicht gewonnen hat“, bemerkte kürzlich der englische Labourabgeordnete Denis Healey, „wird es unmöglich sein, ihre Leiber zu verteidigen“. Er hätte hinzufügen sollen „oder sie zu ernähren“.

Der führende indische Sozialist Jayaprakash Narayan hat die fast allen Diskussionen über eine wirtschaftliche Planung in Asien zugrunde liegende Annahme bezweifelt, daß nämlich das Volk in erster Linie durch eine Erhöhung des Lebensstandards zufrieden gestellt werden kann. Er glaubt, daß diese Ansicht der Mehrzahl der Menschen in diesem Gebiet Unrecht tut. Sie würden den Gedanken ablehnen, geistige und moralische Werte zugunsten einer größeren physischen Bequemlichkeit aufzugeben. Zweifellos hat Jayaprakash gründlichere Kenntnisse der großen Masse des Volkes als die meisten Intellektuellen, die auf die Masse der Bauern, das wahre Proletariat in Asien, ihr eigenes Verlangen nach Befriedigung ihrer materiellen Bedürfnisse übertragen. Daraus resultiert, daß nicht die Verbesserung des Lebensstandards allein die Aufrechterhaltung der freien Lebensform garantiert, eine falsche Auffassung, die treffend als „Brot- und Butter-Trugschluß“ bezeichnet worden ist.

Wirtschaftliche Hilfe muß als ein Akt menschlicher Solidarität gewertet werden. Als

1) Louis Fischer — ein 60jähriger Amerikaner, Schriftsteller, hochpolitische Schriften. Bücher: „Gandhi und Stalin“, „Über den Tod Stalins“ (1952). war früher Korrespondent der NEW YORK EVENING POST in Berlin. War in Rußland und hat verschiedene Bücher über Sowjetunion geschrieben. Lebt in New York.

2) Laskiology — Laski war ein indischer Sozialist, ein Theoretiker.

ein Gegengift gegen den Kommunismus darf ihr keine allzu große Bedeutung beigemessen werden. Die Einseitigkeit der Aktion ruft feindliche psychologische Reaktionen hervor. Es darf daraus nicht geschlossen werden, daß versucht wird, den Wert der von den Vereinigten Staaten oder dem Westen geleisteten Hilfe zu verkleinern. Der springende Punkt ist, daß mehr Betonung auf intellektuelle, kulturelle und geistige Hilfsmaßnahmen gelegt werden muß.

Dieses Gebiet ist groß und bietet in der Art und Weise ein reiches Betätigungsfeld. Maßnahmen dieser Art hätten den Vorteil, die Unterstellung zu widerlegen, „der Westen hätte nichts als nur Technik zu bieten“. Eine kulturelle Zusammenarbeit würde den Vorteil der Gegenseitigkeit oder des Nehmens und Gebens haben, was auf wirtschaftlichem Sektor nicht möglich ist. Auf welcher Basis soll dieser Meinungsaustausch erfolgen? Es ist klar, daß der Westen allein nur wenig tun aber die Bemühungen der Einwohner, ihrem eigenen Lande zu helfen, erheblich unterstützen kann. Chester Bowles erfaßte die Lage ganz richtig, als er

Intellektueller Austausch zwischen dem Osten und Westen

Intellektueller Austausch zwischen dem Osten und Westen ist von größter Wichtigkeit. Verärgert durch den zwischen der Sowjetunion und dem kommunistischen China einerseits und Indien andererseits hin- und herfließenden Strom von „Kulturdelegationen“, die ein durch kein Gegengewicht gemildertes Bild von den unter dem Kommunismus erreichten kulturellen „Leistungen“ vermitteln müssen, hat kürzlich jemand den Austausch kultureller Delegationen zwischen Indien und Amerika angeregt. Diese Anregung übersieht jedoch die dem Phänomen der „Delegation“ zugrunde liegende Veranlassung, nämlich den Eisernen Vorhang und den Wunsch der kommunistischen Diktatur, ihn nur für eine Handvoll ausgewählter Leute zu lüften, der eigenen Delegationsmitglieder im Auslande, über deren Wahl der Grad ihrer Abhängigkeit entscheidet, und ihre Gäste, die nach dem Maße ihrer Naivität ausgewählt werden. Länder, in und zwischen denen sich freie Menschen frei bewegen können, brauchen keine „Delegationen“. In einer langfristigen Planung sollte die Verschickung von Lehrern und Studenten über einen größeren Zeitraum in andere Gebiete vorgesehen sein. Um die Kräfte zu verstehen, die die nationalen Kulturen überhaupt erst hervorgebracht haben, sind ernsthafte Anstrengungen notwendig. Auch sollte nicht nur ein Austausch zwischen einem Gebiet und den Ländern außerhalb des Gebietes stattfinden. Wie wenig wissen wir Asiaten doch über die Kultur und das geistige Leben unserer asiatischen Nachbarn, und wie leicht fällt es einer politischen Propaganda, Barrieren zwischen ihnen zu errichten! Der Westen kann dazu beitragen, die Asiaten einander näher zu bringen.

In jedem der betreffenden Länder gibt es zahlreiche Arbeiten, große und kleine, die zu

kürzlich zu einem amerikanischen Auditorium warnend sagte: „Wenn Du Menschen etwas antust, ärgern sie sich und werden es Dir heimzahlen; wenn Du etwas für sie tust, sagen sie: ‚Danke, warum tust Du nicht mehr?‘; aber wenn Du es mit ihnen zusammen tust, dann baust Du auf einer festen Grundlage“.

Viele glauben — nach meiner Ansicht irrtümlicherweise — daß die Wirtschaftshilfe immer den Weg über die betreffenden Regierungen zu nehmen hätte. Aber auch diese, nehme ich an, werden zugeben, daß eine intellektuelle und kulturelle Zusammenarbeit von Volk zu Volk und von Gruppe zu Gruppe erfolgen muß, eine staatliche Lenkung würde echte Zusammenarbeit stören. Es gibt so viele unpolitische und unparteiische Gebiete, auf denen eine Zusammenarbeit zwischen unoffiziellen Gruppen im Westen und ihren Partnern hier wünschenswert und nützlich wäre. Dies zu betonen ist notwendig, denn es scheint bei einigen Stiftungen und Institutionen überflüssigerweise die Tendenz zu bestehen, Ableger der diplomatischen Tätigkeit zu werden.

ihrer Vollendung nach Köpfen und Händen rufen. Die Chancen sind nach Ansicht asiatischer Schriftsteller, Musiker, Tänzer und Sportsleute entsetzlich gering. Der Asiate erlebt, daß seinen Kollegen im Westen Anerkennung und Erfolg in einem für ihn nie erreichbaren Ausmaß zuteil werden. Die Ursachen hierfür sind die Sprachbarrieren, oft innerhalb eines Landes, die großen Entfernungen, die Armut und dementsprechend die mangelnde Förderung im eigenen Lande. Stiftungen und die westliche Intelligenz können sehr dabei mithelfen, Mittel und Wege zu finden, um das Beste aus Philosophie, Literatur und Kunst Asiens dem Westen zugänglich zu machen. Wir haben Schulen für klassische Musik und Tanz, die dringend der Unterstützung bedürfen. Dokumentarfilme können aus

Mangel an Geld nicht gedreht werden. Sportorganisationen jammern nach Geldmitteln, um ihren Teams die Teilnahme an internationalen Wettkämpfen auch außerhalb der von den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang organisierten Treffen zu ermöglichen, denn Reisen nach dorthin sind immer kostenlos erhältlich. Eine Gruppe Schriftsteller einer bestimmten Sprache wollen eine Zeitschrift herausgeben. Es gibt niemanden, der die englische Übersetzung und Veröffentlichung der bedeutendsten Werke der Schriftsteller fördert, die in fremden Sprachen schreiben. Es besteht Bedarf an der Einrichtung von Kursen zum Studium der vergleichbaren Literatur. Mit dem allmählichen Dahinschwinden der Kenntnis der englischen Sprache ist der Bedarf an Übersetzungen westlicher Klassiker in die asiatischen Sprachen größer denn je. Die Sowjetunion hat kürzlich einen Preis für den Drehbuchschreiber und Produzenten des „besten indischen Filmes des Jahres“ ausgesetzt und seine Aufführung in der ganzen Sowjetunion zugesichert. Natürlich kann die Regierung der Vereinigten Staaten die Amerikaner nicht zwingen, sich irgendeinen ausländischen Film anzusehen, den sie aus diplomatischen Gründen für förderungswürdig hält, aber wäre es z. B. nicht möglich, östliche und westliche Filme, Tänze, Musik und Kunst in Form von Festspielen auf beiden Seiten einander gegenüberzustellen?

Auch das Gebiet der Erziehung ist reich an Möglichkeiten. Es wäre ein Fehler, hierbei nur an Universitäten und höhere Schulen zu denken. Die Erziehungsaufgaben müssen erweitert und neu geplant werden. Die Anwendung einer kritischen Methodenlehre in der Soziologie, in der Kunst- und Literaturkritik und in philosophischen Abhandlungen ist in den letzten 50 Jahren im Westen außerordentlich vorangetrieben worden. In Asien kann die Übermittlung von Kenntnissen und die Bereitstellung von Geldmitteln für die Entwicklung derartiger Techniken ebenso wirksam sein wie die technische Hilfe und das „Gewußt-wie“ auf dem landwirtschaftlichen und industriellen Sektor.

Wiederbelebung des Buddhismus

Es gibt einen bemerkenswerten Zug zu einer geistigen Erneuerung, die in verschiedenen Ländern verschiedene Formen annimmt, deren Ähnlichkeiten untereinander aber zu groß sind, als daß sie rein zufällig sein könnten. Vielleicht das bedeutendste dieser Phänomene ist die Wiederbelebung des Buddhismus in Burma mit Unterstützung des Ministerpräsidenten Nu und neuerdings auch in Ceylon, Thailand, Laos und Kambodscha. Der Islam bildete natürlich die geistige Grundlage in Pakistan, aber auch im „säkularen“ Indonesien wird der Wunsch immer stärker, die moderne Gesellschaft und den Fortschritt auf eine religiöse Grundlage zu stellen. In Indien erinnern sich die Menschen wieder des tiefen Einflusses Mahatma Gandhis. Symbol dieser Zeiterscheinung ist der Bhoodan Yagna (Landschenkungs-) Feldzug, der von Gandhis

ausgewähltem Schüler, Acharya Vinoba Bhave, und dem hervorragenden Konvertiten des Marxismus, Jayaprakash Narayan, angeführt wird. Die Religion ist ein empfindliches Gebiet, auf dem eine Einmischung von außen her normalerweise abzulehnen ist. Jegliche Förderung dieser neuen geistigen Entwicklung sollte nicht den Kirchen der verschiedenen Glaubensformen, sondern besonderen wissenschaftlichen Vorhaben oder sozialen Maßnahmen, nicht der Futtermittelversorgung der Affen sondern so konstruktiven Einrichtungen wie der Ramakrishna-Mission und den buddhistischen Orden zu Gute kommen.

Staatsbürgerliche Erziehung und demokratische Schulung bieten ein weiteres Feld für eine Zusammenarbeit. Der internationale kommunistische Apparat hat die Bedeutung der Pro-

paganda so gut begriffen, daß er sie mit nie versagender Hartnäckigkeit betreibt. Die Kommunisten zeigen in ihrer Art Verständnis für die Tatsache, daß der Mensch nicht allein von Brot lebt. Die Anstrengungen der Demokratien, dieser Gefahr entgegenzuwirken, sind allesamt unzulänglich. Es sind im asiatischen Raum keine propagandistischen sondern erzieherische Maßnahmen notwendig, um die Werte der Demokratie aufzuzeigen und volkstümlich zu machen. Bis jetzt ist das Problem gerade nur angerührt worden. Die asiatische Konferenz für kulturelle Freiheit war ein Schritt in dieser Richtung. Solche Vorhaben können dazu beitragen, sich der Probleme bewußt zu werden, positive Lösungen aufzuzeigen und Impulse zu Gunsten des Aufbaus einer Demokratie zu aktivieren.

Die Kommunisten verbreiten ihre Ideen in jedem Lande mit Hilfe einer Armee eingeborener Helfer. Da die Demokratie nicht mittels einer fünften Kolonne funktionieren kann und darf, ist es ein äußerst wichtiges Problem, die lokalen Geister und Talente für die Sache der Freiheit zu mobilisieren. „Freedom First“ das Organ des indischen Ausschusses für kulturelle Freiheit, sagte zu diesem vielschichtigen Thema anläßlich der Beendigung der Amtsperiode des amerikanischen Botschafters in Indien, Chester Bowles, im April 1953: „Aus dem Fehlschlag der Mission von Chester Bowles sollten die Lehren gezogen werden, daß die Vertreter der Demokratien in einem peripheren Lande wie z. B. Indien die Initiative im kalten Krieg der Ideen ergreifen sollten, der in diesen Ländern von der sowjetischen und chinesischen Diktatur geführt wird. Über den Bedürfnissen der Regierung (Asiens) darf die Notwendigkeit, die öffentliche Meinung zu erziehen und aufzuklären, nicht übersehen werden. Wirtschaftliche Hilfe ohne gleichzeitige ideologische Zusammenarbeit und Sich-näher-kommen ist eine zu unzuverlässige Grundlage, um darauf eine demokratische Solidarität aufzubauen“.

Was zu tun ist, um den Funken der Freiheit in den Herzen der Asiaten am Leben zu erhalten und zu entfachen, das ist das Problem. Natürlich birgt jede Zusammenarbeit auf ideologischem Sektor Gefahren. Sie können einge-

schränkt werden, wenn die für eine Zusammenarbeit in Frage kommenden Partner schon bestehende Organisationen und Institutionen sind, deren bona fides anerkannt ist, deren Tätigkeit nicht von der diesbezüglichen äußeren Unterstützung beeinflußt wird und die ihren Anteil an den gemeinsamen Bemühungen tragen. Zu diesen Institutionen zählen ohne weiteres Gewerkschaften, Universitäten und höhere Schulen, literarische und philosophische Gesellschaften und natürlich auch Organisationen und Gruppen, die sich der Verbreitung der demokratischen Werte und der Erhaltung eines freien Lebens verschrieben haben.

Hat der Westen begriffen, daß Verteidigung und Ausweitung der Freiheitsgrenzen eine einheitliche, einzige Aufgabe sind, denn die Freiheit ist unteilbar? Wenn man einem Manne, der mit großem Verständnis und mit Sympathie über Asien geschrieben hat, Glauben schenken darf, dann hat der Westen selbst noch vieles zu lernen. „Noch immer gibt es keine einheitliche Weltstrategie zur Stärkung der schwachen Punkte in aller Welt“, schreibt Herryman Maurer. „Der Kampf zwischen Kommunismus und der freien Welt ist größtenteils ein Kampf um die Weltanschauungen der Menschen. Der Kampf kann nicht zum Erfolge führen, wenn dem kommunistischen Dynamismus nicht ein demokratischer Dynamismus gegenübergestellt wird, der sich in Wort und Schrift, in wirtschaftlicher Hilfe und der Bereitschaft zu Risiken manifestiert.“

Letzten Endes müssen alle Bemühungen zur Pflege bestimmter Werte fehlschlagen, wenn nicht ihre Befürworter grundsätzlich in ihrem Sinne leben. „Wenn wir, im Besitze all unserer Macht und weit vom Schuß wankelmütig werden, wenn wir auch weiterhin über Abmachungen und Waffenstillstandsbedingungen mit den Kommunisten reden“, sagte kürzlich sehr richtig der Vorsitzende des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des amerikanischen Senates, „dann können wir nicht von den kleinen Nationen erwarten, die im Schatten der drückenden Übermacht leben, daß sie fest blei-

Angehörige westlicher Nationen betonen in ihren Diskussionen über diese Probleme oft die Priorität physischer Stärke vor dem moralischen Prestige und umgekehrt. In dem Teil der Welt, in dem in den letzten Jahren die freien Gebiete Tibet und Vietnam verloren gegangen sind, hat die reine Macht Überzeugungskraft. Eine englische Zeitung hatte das Problem sicherlich klar erkannt, als sie die Notwendigkeit betonte, die Völker Asiens davon zu überzeugen, „daß der Westen physisch mächtig genug ist, einen kommunistischen Weltsieg zu verhindern und die besten Absichten hat, den Leidenden aus der Not zu helfen“.

Die Freiheit ist unteilbar

ben.“ Andererseits haben auch die behaupten, daß die den Asiaten und Afrikanern auf ihre Fragen hin erteilten Antworten über Menschenwürde und persönliche Rechte „Geschichte machen werden“. Die Demokraten in Asien wünschen sich eine unzweideutigere Identifizierung der Amerikaner mit den Kämpfen zur Beendigung der Rassendiskriminierung und den Resten des westlichen Kolonialismus. Amerikanern und anderen, die gerne wissen möchten, wie sie es vermeiden können, jene zu enttäuschen, die ihnen in diesen fernen Ländern vertrauen, braucht ein Außenstehender vielleicht nur den Rat eines unsterblichen Sängers zu wiederholen:

This above all: to Thine own self be true,
And it must follow, as the night the day,
Thou canst not then be false to any man.

Dies über alles: Sei dir selber treu,
Und daraus folgt, so wie die Nacht dem Tage,
Du kannst nicht falsch sein gegen irgend wen.

Anmerkung:

Franz Böhm, geboren 16. Februar 1895 in Konstanz, Mitglied des Bundestages, Dr. jur., o. Universitätsprofessor für bürgerliches Handels- und Wirtschaftsrecht, Direktor des Institutes für Wirtschaftsrecht, 1952 Leiter der Delegation für den Wiedergutmachungsvertrag mit Israel in Den Haag.

M. R. Masani, ehemaliges Mitglied der Indischen Konstituierenden Versammlung und des Indischen Parlamentes; einer der Gründer der Kongreß-Partei; ehemaliger Bürgermeister von Bombay und ehemaliger Indischer Botschafter in Brasilien; Autor von „Die kommunistische Partei Indiens“ und anderer Bücher.

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

AUS DEM INHALT UNSERER NÄCHSTEN BEILAGEN:

Walter A. Berendsohn: „Thomas Mann und das Dritte Reich“

Paul H. Douglas: „Gutes und Schlechtes
in den Vereinigten Staaten“

Johannes Gaitanides: „England und der Wohlfahrtsstaat“

Roland Klaus: „Nicht gestern, Freund, morgen!“

Helmut Krausnick: „Wehrmacht und
Nationalsozialismus 1934—39“

Theodor Schieffer: „Die Augsburger Jahrtausendfeier“

... „Urkunden zur Judenpolitik
des Dritten Reiches“
